

**Bezugspreis:**  
Direktbest. 30.- M., monatl. 10.- M.  
frei ins Haus, sonst 12.- M. (Post-  
zuschlag). Sonntags 10.- M., ein-  
zelne Ausgaben 1.- M. Unter Abdruck  
Deutschland, Ostpreußen, Danzig, Ost-  
- und Westpreußen, sowie die ehemals deut-  
schen Gebiete Böhmens, Oesterreichs,  
Ungarns und Rumäniens 20.- M. für  
das übrige Ausland 27.- M. Post-  
zuschlag. Bestellungen nehmen an Oesterreich,  
Ungarn, Tschechien, Slowakei, Däne-  
mark, Holland, Preußen, Schweden  
und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Rott und Rot“, der Unter-  
haltungsbeilage „Himmels“, und der  
Beilage „Siedlung und Kleingarten“  
erscheint wochentags zweimal, Sonntags  
und Montags einmal.

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die achtspaltige Normalzeile  
kostet 6.- M. „Kleine Anzeigen“  
das festgedruckte Wort 2.- M. (un-  
abhängig vom festgedruckten Wort), jedes  
weiteres Wort 1.- M. Stellengeld  
und Schlafstellenanzeigen das erste  
Wort 1.- M., jedes weitere Wort  
60 Pfg. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Familien-  
anzeigen für Abonnenten Seite 256 M.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Leitungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 5 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Unter-  
den-Eichen-Str. 1, abgegeben werden. Geöffnet  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Worinplatz 15195-57  
Expedition Worinplatz 11753-54

Donnerstag, den 29. September 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-  
Abteilung Worinplatz 11753-54

## Das Ende der Wirtschaftssanktionen.

Paris, 28. September. (WTB.) Ministerpräsident Briand als Vorsitzender des Obersten Rates hat dem deutschen Vorkämpfer Dr. Mayer heute mittag eine Note überreichen lassen, in der mitgeteilt wird, daß die wirtschaftlichen Sanktionen mit Wirkung vom 30. September aufgehoben werden.

An die Mitteilung schließt sich folgende Aufforderung an: Die Alliierten laden die deutsche Regierung ein, möglichst bald ihre Delegierten zu bezeichnen, die zusammen mit den alliierten Sachverständigen die Modalitäten festsetzen werden, nach denen die Lizenzen geprüft und ausgestellt werden, in Übereinstimmung mit der Entscheidung des Obersten Rates vom 13. August 1921.

### Die Ueberwachungskommission.

Paris, 28. September. (EE.) Amtlich wird folgende Note veröffentlicht: Die Artikel 264-267 des Verfallenen Vertrages verbieten es Deutschland in formeller Weise, in seinen Handelsbeziehungen irgendwelchen Unterschied zum Nachteil eines der alliierten Staaten walten zu lassen. Deutschland hat jedoch eine Liste der für die Ein- und die Ausfuhr verbotenen Waren aufgestellt, und zwar dergestalt, daß die Interessen mehrerer alliierter Länder, besonders derjenigen Frankreichs, verletzt werden. Die französischen Kaufleute haben nicht aufgehört, darzulegen, daß Erzeugnisse in großer Zahl von den deutschen Märkten durch dergestaltige Verbote ausgeschlossen sind, Erzeugnisse, deren Einfuhr aus anderen Ländern gestattet ist. Die Vorkämpferkonferenz hat bei der deutschen Regierung in dieser Hinsicht zweimal Schritte unternommen, die aber ohne Ergebnis blieben. Die Angelegenheit wurde endlich vor den Obersten Rat gebracht, der entschied, daß diesen Vertragsverletzungen ein Ende gemacht werden solle. Er knüpfte die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen an gewisse Bedingungen. Die Note wiederholt dann den Beschluß des Obersten Rates, der diese Bedingungen, die ja bekannt sind, betrifft.

Die deutsche Regierung bemühte sich, diesen Beschluß unwirksam zu machen, indem sie dessen Bestimmungen ansodt. In ihrer Note vom 26. August erklärte die deutsche Regierung, daß sie mit der Schaffung eines interalliierten Organismus zur Ueberwachung der Ein- und Ausfuhrerlaubnis einverstanden sei, machte ihre Zustimmung jedoch von gewissen Vorbehalten abhängig, die der französischen Anschauung nach einer Ablehnung gleichkamen. In den darauf folgenden Besprechungen legte Deutschland dann seine Absicht genauer dar und es betonte, daß die von dem interalliierten Organismus ausgeübte Kontrolle der Ausgabe von Erlaubnischein durch die deutschen Behörden der Souveränität Deutschlands Abbruch täte und daß Feststellungen nach Ausgabe der Lizenzen als genügend erachtet werden müßten, um die Alliierten über deren Inhalt zu unterrichten. Die französische Regierung wandte sich gegen eine derartige Auslegung des Beschlusses vom 13. August, die dem Wortlaut der Bestimmungen zuwiderlaufen würde. Diese Bestimmungen forderten, daß der interalliierte Organismus mit den zuständigen deutschen Stellen bei der Prüfung der Ausfuhr von Ein- und Ausfuhrerlaubnissen mitwirken sollte, derart, daß diese Zusammenarbeit vor Ausfuhr der Lizenzen erfolge. Die deutsche Auslegung läuft dem Geiste der Entschliebung vom 13. August zuwider, weil diese den Zweck hat, dem Unterschied ein Ende zu machen, den die deutsche Regierung zum Nachteil der Alliierten, besonders Frankreichs, walten ließ. Die deutsche Regierung suchte bei den Alliierten Frankreichs, insbesondere bei England, Unterstützung. Nachdem jedoch ein Gedankenaustausch stattgefunden hatte, erklärten die Engländer die französische Auffassung für berechtigt. Sobald die deutsche Regierung dieses Einvernehmen feststellte, gab sie nach und nahm am 22. September die durch die Entschliebung vom 13. August gestellten Bedingungen ausdrücklich an, ebenso wie sie sich mit der Auslegung einverstanden erklärte, die die Alliierten dieser Entschliebung gegeben haben.

Gleichzeitig stimmte Deutschland einer Zusammenkunft allierter Sachverständiger mit deutschen Vertretern zu, die ebenfalls in der Entschliebung vom 13. August in Aussicht genommen war. Diese Sachverständigen würden das Ueberwachungskomitee einzurichten haben, damit für den Fall, daß ein Unterschied in der Erteilung von Lizenzen festgestellt würde, die alliierten Regierungen ein Mittel in der Hand haben, sich dagegen zu wenden. Die Aufhebung der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen wurde der deutschen Regierung am 28. September mitgeteilt.

### Das Abkommen von Wiesbaden.

Paris, 28. September. (EE.) Loucheur erstattete heute der Kommission für die befreiten Gebiete Bericht über die Wiesbadener Abmachungen. Er legte in großen Umrissen das Projekt dar und hob besonders hervor, daß die Deutschen Frankreich Baumaterial liefern werden. Die Preise hierfür werden auf das Reparationskonto gebucht werden. Die Materialien werden zu einem Preise, der in Frankreich für dieselben Quantitäten üblich ist, geliefert werden. Eine Kommission von zwei Sachverständigen, einem Deutschen und einem Franzosen, wird die Preise festsetzen. Sollten sich Meinungsverschiedenheiten ergeben, so wird ein hoher schweizerischer Funktionär entscheiden. Loucheur fügte hinzu, daß alles von Deutschland ge-

lieferter Material in St. Quentin konzentriert werde, um von dort in die zerstörten Gebiete entsandt und verteilt zu werden.

### Englisch-belgische Opposition.

Paris, 28. September. (WTB.) „Matin“ erklärt, die Frage der Prüfung des Wiesbadener Abkommens solle in der Reparationskommission erst wieder aufgenommen werden, wenn sie spruchreif sei. Nach dem „Ouvrier“ soll das Abkommen noch unvollständig sein; man habe vieles nur provisorisch behandelt und noch nicht erledigt und warte eine neue Begegnung der Minister ab. Unter diesen Umständen habe die Reparationskommission geglaubt, daß sie noch nicht die erforderlichen Unterlagen für eine Entscheidung besitze. „Le Nouvelliste“ sagt, man hoffe außerdem, daß man bis zur neuen Zusammenkunft der Minister imstande sein werde, die offensichtliche Feindseligkeit gewisser Alliierten gegen das Abkommen zu entwerfen. Tatsächlich widersetzte sich England gewissen Klauseln und Belgien machte gewisse Vorbehalte. Nur Italien, das ja inzwischen auch ein Abkommen mit Deutschland getroffen habe, zeige sich geneigt, ohne Erörterung das Abkommen von Wiesbaden zu ratifizieren.

### Vertreter Oberschlesiens in Genf.

Oppeln, 28. September. (WTB.) Der Völkerbundrat hat als Vertreter der ober-schlesischen Industrie folgende Persönlichkeiten zum Zwecke der Berichterstattung nach Genf berufen: Von deutscher Seite: Bergrat Dr. Geisenheimer, Geschäftsführer des ober-schlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, und Gewerkschaftssekretär Karger vom Bezirkskartell der freien Gewerkschaften. Als Vertreter der polnisch-gesinnten Bevölkerungsteile Oberschlesiens sind Herr Groblanowski, der früher für den Berg- und Hüttenmännischen Verein tätig war, und Gewerkschaftssekretär Kott, der an der Spitze der polnischen Berufsvereinigungen steht, nach Genf berufen worden. Die Vertreter sind bereits in Genf eingetroffen.

Die Berufung des Genossen Karger, der gebürtiger Oberschlesier ist und an der Spitze des Metallarbeiterverbandes in Oberschlesien steht, ist durchaus zu begrüßen; denn Karger hat durch seine langjährige Tätigkeit für die ober-schlesische Arbeiterschaft einen Einblick in die dortigen Verhältnisse bekommen, der ihm die nötige Eignung zu diesem verantwortungsvollen Amte gibt. Wir hoffen, daß der Völkerbundrat dem Bericht Kargers die Bedeutung gibt, die ihm als Vertreter der ober-schlesischen Arbeiterschaft zukommt. Bergrat Geisenheimer, der seit langen Jahren für die Organisation der ober-schlesischen Industrien tätig ist, ist ebenfalls in der Lage, die Arbeits- und Industrieverhältnisse in Oberschlesien so zu schildern, wie sie wirklich sind.

Bedauerlich ist es, daß der Völkerbundrat, der mit dieser überaus verantwortungsvollen Aufgabe betraut worden ist, es unterläßt, das ober-schlesische Problem in Lande selbst zu studieren. Von deutscher wie von polnischer Seite sind derartige Wünsche ausgesprochen worden. Wir wissen nicht, ob der Völkerbundrat sich etwa nicht noch nachträglich dazu entschließen sollte, Oberschlesien zu besuchen; er würde sich dann, genau wie es Fimmen und Jouhaux getan haben, am besten davon überzeugen können, daß Oberschlesien eine wirtschaftliche Einheit darstellt und daß jede Teilung Oberschlesiens, daß jede Abtrennung ober-schlesischer Gebiete, die ober-schlesischen Interessen und vor allem die Interessen der ober-schlesischen Arbeiterschaft aufs allerschwerste schädigen würde.

### Das Industriegebiet für Deutschland?

London, 28. September. (WTB.) „Evening Standard“ zufolge wird erwartet, daß die vier Mitglieder des Völkerbundrates, denen die ober-schlesische Frage unterbreitet worden ist, binnen 14 Tagen ihren Bericht erstatten werden. Ihre Entscheidung werde wahrscheinlich in der Hauptsache zugunsten des Bestehens Englands und Italiens ausfallen, das Industriegebiet Deutschland zu überlassen.

### Ein Deutscher in Moskau verhaftet.

Berlin, 28. September. (EE.) Kaufmann Wagner vom Europa-Asien Industrie- und Handelshaus in München, der sich auf Grund des deutsch-russischen Abkommens mit Genehmigung der Sowjetregierung zu Handelszwecken nach Moskau begeben hatte, ist daselbst, wie der Ost-Express aus Moskau erfährt, von der allrussischen außerordentlichen Kommission verhaftet worden. Wie verlautet, soll Herr Wagner aus Sowjetrußland ausgewiesen werden. Kürzlich hatte sich Wagner im „Berliner Tageblatt“ über seine Eindrücke in Sowjetrußland freimütig geäußert.

Brlands „Ameri“reise. Die Information mitteilt, wird Ministerpräsident Briand die Reise nach Amerika am 29. Oktober antreten. Die Rückreise erfolgt am 23. November.

## Koalitionsfragen.

Aus den Erörterungen, die bisher über die Frage einer Umbildung der Koalition geführt worden sind, ergibt sich zunächst das eine mit voller Klarheit, daß die Lösung der vor-handenden Schwierigkeiten in Preußen leichter ist als im Reich. In Preußen besteht zurzeit eine Regierung, die für die Reichsregierung im Kampf gegen die Rechte keine Stütze sein kann, weil sie sich selber auf die Rechte stützt. Man braucht noch lange nicht auf den Grundfah der sogenannten „Homogenität“ eingeschworen zu sein, um einzusehen, daß dies nach der Wendung, die die Reichspolitik seit der Ermordung Erzbergers genommen hat, ein gänzlich unhaltbarer Zustand ist.

Schuld an diesem Zustand tragen Zentrum und Sozialdemokratie nicht wieder zu erneuern, wenn die Deutsche Volkspartei nicht mit einbezogen würde. Nachdem die Sozialdemokratie angesichts der bringenden Notwendigkeit, in Preußen raschen Wandel zu schaffen, ihren grundsätzlichen Widerstand gegen jedes Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei aufgegeben hat, ist die Meinungsverschiedenheit zwischen Sozialdemokratie einerseits und Zentrum und Demokraten ausgeräumt und, bei gutem Willen, ein gemeinsames Vorgehen möglich.

Zentrum und Demokraten müssen jetzt einsehen, daß die Sozialdemokratie in ein umgebildetes Preußenkabinett nur dann eintreten kann, wenn sein Gesamtcharakter die Erfüllung der Götlicher Forderungen garantiert. Ein solches Kabinett kann in Preußen geschaffen werden mit den Volksparteilern, wenn in den zu berufenden Persönlichkeiten die notwendigen Garantien gegeben sind, aber auch ohne die Volksparteiler, da ja auch ohne diese eine knappe Mehrheit für die alte Koalition besteht. Die Sache steht also keineswegs so, daß die Volksparteiler nur zu diktieren und die anderen sich zu fügen hätten.

Eine wichtige Frage für die kommenden Verhandlungen ist, wie weit eine preussische Regierung oder auch eine Reichsregierung der alten Koalition auf die Unterstützung der Unabhängigen rechnen kann. Hätten wir noch eine einzige Sozialdemokratie oder auch nur eine zuverlässig funktionierende Arbeitsgemeinschaft im Reich und in Preußen, dann wäre der Sozialdemokratie die Notwendigkeit, den Götlicher Beschluß zu fassen, erspart geblieben. Auch jetzt wären noch, falls sich die Unabhängigen zu einer Politik der positiven Mitarbeit bequemen wollten, überraschende Wendungen möglich.

Es ist behauptet worden, die Sozialdemokratie habe vor der Wahl gestanden, sich mit den Unabhängigen oder mit den Volksparteilern zu koalieren; sie habe aber die Koalition mit den zweiten vorgezogen. Wäre das wahr, so hätte die Sozialdemokratie schon gewußt, wie sie zu wählen hat; aber es ist eben falsch.

Die Unabhängigen haben erst gestern einen dem deutsch-nationalen gleichlautenden Antrag auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August eingebracht. Dieser Antrag ist prinzipiell wunder-schön; er zeigt ein unerschütterliches Festhalten an der „formalen Demokratie“ und eine starke Abneigung gegen jede Art noch so gelinder „Diktatur“. Nachdem aber der Artikel 48 der Verfassung, der der parlamentarischen Regierung gewisse diktatorische Rechte verleiht, schon wiederholt gegen links in fräftigster Weise angewendet worden ist, glaubt auch die Sozialdemokratie auf seine Anwendung gegen rechts nicht verzichten zu können, wenn nicht eine geradezu unerhörte Bevorgung der Rechten eintreten soll.

Taktisch aber steht die Sache so: Würden die Deutsch-nationalen und die Unabhängigen mit ihrem Antrag auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten durchdringen, so wäre das eine zerschmetternde Niederlage für die Demokratie und ein vollkommener Sieg für die Reaktion. Das Kabinett Wirth läge in Scherben, die Fortsetzung seiner Politik durch eine nachfolgende Regierung wäre unmöglich, innerpolitisch und außenpolitisch würde ein Zustand völliger Verwirrung und Auflösung eintreten. Folge des unabhängigen Antrags ist, daß die Rechte wieder Luft bekommt und daß sich die Deutsche Volkspartei im Reiche — hoffentlich auch hier nur vorübergehend — als Herrin der Situation fühlt.

Auch nach anderen Seiten hin ist die Koalitionsfähigkeit der Unabhängigen im höchsten Grade unsicher. Eine Steuerreform im Reiche kann nicht gemacht werden, ohne daß auch die indirekten Steuern erhöht werden. Zu dieser Erhöhung der indirekten Steuern sind wir gezwungen, weil der Friedensvertrag sie uns vorschreibt und weil auch die stärkste Anspannung der Besitzsteuern noch nicht ausreicht, um den Reichshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Auf eine Erhöhung der Besitzsteuern, insbesondere auf eine Erfassung der Goldwerte, kann man nicht drücken, positiven Anteil an der politischen Macht kann man nicht nehmen, wenn man sich der bitteren Notwendigkeit, auch die indirekten Steuern zu erhöhen, grundsätzlicly verschließt.

Die Unabhängigen haben uns durch ihre Haltung in die Notwendigkeit verkehrt, mit der Deutschen Volkspartei über ihren Eintritt in die Regierung zu verhandeln. Sie haben am allerwenigsten Recht dazu, uns Vorwürfe zu machen, weil wir dieser Notwendigkeit entsprechend handeln. Ist es ihnen aber



ernst mit ihrer Absicht, eine Erweiterung der Koalition nach rechts zu vermeiden, ziehen sie eine Erweiterung der Koalition nach links hin vor, so ist es ihnen auch heute noch möglich, das angestrebte Ziel zu erreichen. Nur, wer den Zweck will, muß auch die Mittel wollen. Wenn man, unbekümmert darum, was daraus wird, an der goldenen Freiheit der Opposition festhält, hat man es leicht, über den Jaun Steine auf diejenigen zu werfen, die sich mit der praktischen Lösung praktischer Fragen mühsam abquälen. Aber damit kann man höchstens agitatorische Augenblickserfolge erzielen, nicht aber auf den Gang der Dinge selbst mitentscheidenden Einfluß nehmen.

Was aus den Verhandlungen über die Verbreiterung der Koalition wird, ist noch ganz ungewiß. Ein schwerer Teil der Verantwortung liegt bei den Demokraten und beim Zentrum, die dafür sorgen müssen, daß die Dinge zunächst in Preußen ins Reine kommen. Die Entscheidung im Reich hängt von umfassenderen Beratungen ab, vor allem über die Steuerfragen, und so lange kann in Preußen nicht erwartet werden.

Die Genossen im Lande aber mögen folgendes bedenken: Wenn in ihren Erörterungen des Görlicher Beschlusses die Tatsache zum Ausdruck kommt, daß die Partei keine Sehnsucht danach hat, der Deutschen Volkspartei in die Arme zu sinken, so kann das nur nützlich sein. Parteischädigend aber wäre es, gegen die Mehrheit des Parteitag, die nach reiflicher Erwägung und öffentlicher Debatte entschieden hat, mit verdächtigen Unterstellungen zu arbeiten. Der Ausspruch Wilhelm Liebknechts, daß man seine Taktik, wenn es notwendig ist, in 24 Stunden 24mal revidieren muß, wird oft zitiert, aber selten beherzigt. Solange es eine Sozialdemokratische Partei gibt, hat es in ihr Kritiker gegeben, die als Folge bestimmter taktischer Wendungen den Untergang der Partei prophezeien, aber recht behalten haben sie niemals: die Partei ist groß geworden trotz alledem. Der gemeinsame Wunsch, die Partei auch weiter wachsen und gedeihen zu lassen, muß über allen Debatten schweben, die über den Görlicher Beschluß geführt werden!

### Eine französische Boykottnote.

In einer Note an die deutsche Reichsregierung wendet sich Frankreich gegen einen angeblichen systematischen Boykott französischer Waren. Die Note weist auf Treibereien einzelner Interessengruppen und Blätter hin, die französische Waren vom deutschen Markt ausgeschlossen wissen wollen und behauptet, daß einzelne Regierungsstellen die Bewegung begünstigt hätten. Sie fordert, daß die deutsche Regierung ihren Einfluß ausbreite, um die Boykottbewegung zu unterdrücken. Die Note ist den Wirtschaftsressorts der Reichsregierung zur sachlichen Prüfung zugeleitet worden. Erst wenn diese erfolgt ist, wird die Regierung ihrerseits dazu Stellung nehmen.

Einen Boykott französischer Waren aus nationalistischen Gründen mißbilligen wir auf das schärfste. Deutschland und Frankreich sind wirtschaftlich viel zu sehr aufeinander angewiesen, als daß wir uns den Luxus leisten könnten, einen deutsch-französischen Handelskrieg in alle Ewigkeit zu erklären. Dazu gehört schon die Beschränktheit berufsmäßiger Quertreiber der Reichsinteressen, wie sie sich unter der trefflichen Leitung des Professors Rießer im Hanfband zusammengedrängt haben. Wir möchten aber doch betonen, daß eine unbeschränkte Zulassung französischer Waren zur Einfuhr nach Deutschland unter keinen Umständen in Frage kommt, weil Frankreich selbst sie nicht will. Frankreich fordert von uns Goldmilliarden, zwingt unsere Wirtschaft daher zu äußerster Sparamkeit. Dadurch aber nötigt es uns eine Kontrolle der Einfuhr auf, die verhindert, daß Luxusartikel in das Land hineingelassen werden. Nun will es die weltgeschichtliche Ironie, daß Frankreich seine Volkswirtschaft vornehmlich auf die Luxusindustrien stützt. Nachdem wir bis zur Grenze der Selbstaufopferung den Versailler Vertrag und das Londoner Ultimatum auf uns genommen haben, müssen wir es schon Herrn Fochs bewährtem Scharfsinn überlassen, wie er den Interessengegensatz zwischen

dem Siegerstaat Frankreich und dem Luxusproduzenten Frankreich schlichtet will.

Solange uns jedenfalls noch Goldmarkzahlungen zugemutet werden, können wir auf die Verhinderung der Luxuseinfuhr nicht verzichten. Frankreich hat es allerdings in der Hand, auf dem Wege friedlicher Verständigung, der in Wiesbaden beschritten worden ist, einen Ausweg zu suchen.

### Deutschnationaler Mörderschuß.

Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht in ihrem gestrigen Abendblatt folgende Entschuldigung:

Um Mißverständnissen vorzubeugen, die etwa an die heutigen Ausführungen zu der gestrigen Reichstagsführung geknüpft werden könnten, stellen wir unsere Auffassung und die Haltung, die wir bisher eingenommen haben und weiter einnehmen werden, nochmals fest.

Nicht daraus machen wir dem Herrn Reichstagspräsidenten Abbe einen Vorwurf, daß er in seinem Redefuß auf den Abgeordneten Erzberger dessen Ermordung erwähnt und Tat und Täter scharf verurteilt hat. Wir sind nicht der Meinung, daß die Nachwelt diesen Mord günstiger beurteilen oder gar verherrlichen wird. Es liegt uns daran, dies sofort klarzustellen. Die schweren Anstände, die wir gegen andere in diesem Zusammenhange geäußert haben, sind dem Herrn Reichstagspräsidenten zu erheben, bleiben bestehen.

Die „Kreuzzeitung“ hatte sich gestern morgen schühend vor die Mörder gestellt, die Abbe „geschmäht“ haben, ohne ihre Motive zu kennen. Sie hatte sie mit Charlotte Corday, mit Brutus und Wilhelm Tell verglichen und im Zusammenhang damit den gegen Erzberger geführten Kampf als einen Abwehrkampf bezeichnet.

Stellen wir fest: die „Kreuzzeitung“ hat gestern morgen ihre wahre Bestimmung verraten. Am Abend aber war sie schon wieder zu feig, zu ihr zu stehen.

### Blutsbekenntnis mitzubringen!

In einer Einladung, die der „Deutsche Herold“, Ortsgruppe Norden, am 25. September 1921 versendet, finden wir folgende Sätze:

Hierdurch werden Sie zu der am Mittwoch, den 28. 9. 21 stattfindenden geschäftlichen Sitzung im Nordischen Hof, Invalidenstraße 128, eingeladen. Die erhaltenen Blutsbekenntnisse sind ausgefüllt mitzubringen, da die Mitgliedslisten nicht eher ausgegeben werden können.

Mit deutschem Gruß  
Deutscher Herold, Ortsgruppe Norden, gez. v. Bekow.

Der „Deutsche Herold“ ist eigentlich sehr unvorsichtig, daß er sich mit einer simplen schriftlichen Blutsbekenntnis begnügt. Wieviel wirksamer wäre es doch, wenn jedes Mitglied im Glas eine Blutprobe in natura mitzubringen hätte. Zwar ist noch nicht die Methode gefunden, jüdisches von arischem Blut zu unterscheiden, aber durch Einimpfung des Blutserums in einen Affen ließe sich immerhin feststellen, daß es sich um Menschen handelt.

### Rahardt verhaftet.

Eibing, 28. September. (U.) Der Präsident der Berliner Handwerkskammer, Ehrenobermeister Karl Rahardt, ist vorgestern auf Anordnung der Staatsanwaltschaft 1 in Eibing verhaftet worden. Seine Verhaftung erfolgte unter dem Verdacht des Meineids und des gemeinschaftlichen Betruges. Mit ihm wurden noch einige andere Personen, darunter der Handwerkskammersekretär Hoffmann, verhaftet.

Die Verhaftung des im öffentlichen Leben bekannten Mannes unter der Anschuldigung so schwerer Verbrechen wird sicherlich großes Aufsehen erregen. In welchen konkreten Handlungen die Straftaten Rahardts liegen sollen, konnten wir bisher nicht erfahren. Rahardt gehörte zuletzt der Demokratischen Partei an. Vor der Revolution betätigte er sich im rechtsmittlerischen Sinne. Er wurde sogar von Wilhelm als erster und einziger Vertreter des Handwerks in das Preussische Herrenhaus berufen. Diese Berufung wäre sicher nicht erfolgt, wenn Rahardt damals nicht als rechtsstehender Mann gegolten hätte. Sollten sich die gegen ihn er-

höhenen Anschuldigungen als wahr herausstellen, so werden doch die rechtsstehenden Kreise gut tun, der Partei, der Rahardt jetzt angehört, keinen Vorwurf daraus zu machen, daß sie ihm Vertrauen geschenkt hat. Denn es ist noch nicht so lange her, daß Rahardt der Mann ihrer s Vertrauens war.

### Poehner hinausgeworfen!

Wegen dreifacher Verhöhnung der Regierung.

München, 28. September. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Anschlaglosen Münchens brachten heute nachmittag eine „Erklärung“ des Polizeipräsidenten Poehner, in der dieser seinen Rücktritt mit schwalligen Worten ankündigt. Der Repräsentant von „Ruhe und Ordnung“ beschließt seine staatsgefährliche Tätigkeit mit einer Verhöhnung der Volksregierung. Der Beamte Poehner erfährt sich noch im letzten Augenblick seiner Amtstätigkeit, eine Insubordination sondergleichen zu begehen und den von ihm geschaffenen Pressapparat noch dazu zu benutzen, seine Vorgesetzten, den Minister des Innern und den Ministerpräsidenten vor der Öffentlichkeit herabzusetzen.

Dazu schreibt die bereits im neuen Kurs funktionierende offiziöse Staatszeitung:

Es kann nicht unausgesprochen bleiben, daß die Form des Schrittes des Herrn Poehner etwas ungewöhnlich und keineswegs geeignet ist, die gegenwärtige Situation zu erleichtern. Auch die Aera Poehner war nicht ohne Fehlgriff, insbesondere die Handhabung der Plakatzensur hat auch im bürgerlichen Lager eine nicht unberechtigte Kritik gefunden, aber das Positive, das der bisherige Polizeipräsident für die Staatsautorität geleistet hat, überwiegt trotzdem. Wie wir soeben erfahren, ist der Polizeipräsident bereits seines Amtes enthoben worden. Die Amtstätigkeit desselben hat Regierungsrat Rahmer übernommen.

So verläßt Poehner sein Amt, begleitet von der Berachtung der Münchener Arbeiterschaft und von der offiziellen Desavouierung der neuen Regierung. Die große Bestie, in welcher sich Poehner nach den Manieren eines gestürzten Potentaten von seiner nationalsozialistischen Gesellschaft verabschiedet, steht ihm schlecht an. Von einer Freiwilligkeit seines Rücktritts konnte unter den gegenwärtigen Umständen nicht mehr die Rede sein. Die sozialistischen Interpellationen über eine Beseitigung der himmelschreienden Polizeifanfare des vergangenen Jahres standen vor der Tür. Erst heute morgen wurde von der sozialdemokratischen Fraktion ein Antrag mit dem Zweck, die Beseitigung des politischen Affenmaterials durch Poehners Handlanger zu verhindern, eingebracht. Wie wir aus bester Quelle erfahren, war die Stellung Poehners durch alle diese Vorgänge schon derartig erschüttert, daß ein Verbleiben im Amte vollständig ausgeschlossen war.

Poehner war als Beamter völlig vom Schlage seines Herrn und Meisters Kahr: bodbeinig und hinterhältig. Unter seiner zielbewußten Leitung wurde die Münchener Polizeidirektion ein Hort des Rückschritts und der politischen Brunnenvergiftung, unter dessen System der Landesverrat, ja selbst der politische Meuchelmord gedieh. In Erinnerung ist auch noch, wie Poehner im August versuchte, die Teuerungsdemonstration der Arbeiterschaft im Blut zu erstickern. Möge die Aera Poehner für alle Zeiten der Geschichte des bayerischen Volkes angehören.

### Aufgehobene reaktionäre Geheimerversammlung.

München, 28. September. Hier gelang sofort nach dem Sturz des Systems Kahr-Poehner etwas, was diesen beiden ausfälligerweise nie geküßt war. Durch Zusammenarbeit zwischen Ministerium des Innern und Sozialdemokratie war es nämlich möglich, zum erstenmal eine rechtssozialistische Geheimerversammlung aufzuheben.

### Ihm gefällt Bayern nicht mehr!

Oedenburg, 28. September. (U.) Gestern ist der aus 17 Personen bestehende Hofstaat des ehemaligen Königs von Bayern in Sarvar eingetroffen, wo der Exkönig ausgedehnte Besühungen hat. Der Exkönig wird für morgen oder übermorgen erwartet. Er wird längere Zeit in Sarvar Aufenthalt nehmen. Das Reisen des bayerischen Exkönigs in der gegenwärtigen Zeit ist natürlich nicht ohne politische Bedeutung, zumal es ja bekannt ist, daß die Führer der ungarischen Aufstandsbewegung mit den bayerischen Monarchisten in engster Fühlung sind.

### Zwischen Himmel und Erde.

(Konzert-Umschau.)

Wogendes Gedränge von Autos und Menschen, polizeiliche Absperrung, strengste Kontrolle nassauernder Sehnüchtiger durch Sipo, in Saal ein Surren und Raunen: ein großer Tag der Philharmonie. Mattia Battistini singt. Seit Carusos Tod der berühmteste der Sänger Italiens. Sein einziger Konkurrent, Tito Rufa, kommt nicht zu uns, oder doch nur auf dem Umweg über Gramophone. Um so wertvoller jetzt die Bekanntheit mit einem Meister, der zugleich Sänger und aus tiefstem Herzen auftritt. Wie sicher, wie rein, wie großartig arbeitet dieser Tenor-Bariton, der nur so schüchtern von Altersgrenzen zu berichten weiß. Kein Hauch, der nicht Klang würde, im Klang selber alle Stufungen, die von sanfter mezza voce zu Posaumentraut aufsteigen; auch wird keine Silbe, ja, kein Konsonant unwichtig genommen. Höchste Kultur der Technik bei einem Naturjäger, der das Glück der schönen Stimme mit dem Verdienst ihrer letzten Pflanze verband.

In Battistinis Schatten kämpfen selbst sehr Tüchtige vergebens um Licht. Mit anderen Worten muß gemessen werden, und Umstellung tut dem Hörenden na. Bei Frieda von Boddien zittert zunächst nur Unsicherheit durch. Dem leidenschaftlichen Pathos scheint die begabte und gutgestimmte Frau wenig gewachsen, eher dem leichtschwingenden Kunstlieb. Auch da ist Technik zu revidieren. Das wird bei Renja Barlau nicht mehr nötig sein, wenn sie alles so frisch, fest, zierlich, geschmackvoll und klug pointiert singt, wie die reizenden Kresolensieder in Friedenthals Bearbeitung. Vom Lied her stammt auch Mahlers Größe — sagen die Kenner. In der dritten Sinfonie bekommt vom 4. Satz an diese Ableitung bestimmenden Charakter, der Gesang mischt sich im Alto, in Knaben- und Frauenchor entscheidend ein. Im ersten Satz ist ein Volkslied und ein Militärmarsch nachdrücklich zur Basis für ein breites, allzu breites, zwischen genialem Feuerwerk und kapellmeisterlicher Machtschlag und hoch dahinpendendes Stimmungsbild gemacht. Formlos, brutal im Ausnutzen des Schmetternden und weitternden Orchestermaterials, ohne Liebe für den Schmelz und das Melos der Streicher. Die Gedanken sind billig und wiederholen sich in ihrer Simplicität viel zu oft. So wird man in aller Lautheit nicht recht froh und gar nicht warm. Respekt vor der Technik erzieht nicht diese Art Kühnheit, die von Naturlauten nur stöckweise durchbrochen wird. Entzückend in Einfachheit, Rotorik, klingendem Fluß das Menuett, und auch das Scherzo reizend, problemlos, unbedenklich. Doch ist das alles nur Anhängel an ein riesiges Anfangs-Adagio, das auch philologische Weisheit nicht ans Herz wachsen läßt. Gustav Brecher übernahm sich mit diesem Werk; gerade das Sachliche geriet eben, trotzdem seine Taktierbewegungen oft das Gegenteil erwarten lassen. Und wie unfinnlich, wie wenig wienersich, wie plump die zwei Epitaphen! Was könnte daraus gemacht werden! War das mit dem Herzen dirigiert, war das geprobt, war das alles auch nur getönt? Nur die Dürchheit der Orchesterprache verschleierte die Müdigkeit; mit wässren Brecher in besserer Disposition wieder begegnen. Ohne

viele Proben läßt sich keine Mahlersche Sinfonie herausbringen. Rudolf Krafft, der mit allem Programm seine Charlottenburger Konzerte eröffnete, verspricht für den Oktober die erste Mahlersche; er hat das Glück, sich Proben nach künstlerischem Bild leisten zu können. So wollen wir froher Erwartung sein.

Das Bonner Streichquartett (Brun, Blume, Garrau, Behr) hat eine Art Solidität an sich und in sich, die durch Extravaganzen moderner Führer gelöst wird und die Herren von der gesunden schweizerischen Bodenständigkeit dann in rechter Leidenschaft und Ekstase bringt. Jüngst war's Debussy, jetzt Ravel. Aber dieses Streichquartett führt einem Aufklärer vermissen, nach zwei sauberen und kräftigen Sätzen verhandelt das Werk in Stimmungskloster, Ungelichteten, technischen und akkordischen Mäßen, die Geistesarmut verdecken sollen. Der Schlußsatz hätte dann schon lieber ganz in d'Alberts Tiefenland untergeben sollen!

Kurz sei auf zwei zwischen Ernst und Scherz stehende musikalische Dinge hingewiesen. Escatore hat eine Schöpfungsgeschichte und eine Kabarettkaune versucht, in eitel Kunst zu vermandeln. Ueber einen Besenstiel spannt er eine Saite, nimmt als Schallkörper eine Zigarrenkiste und spielt auf diesem Gelegenheits- und Berlegenheitsinstrument Cello. Es klingt gar nicht übel, ein bischen membranenhaft näselnd, aber nicht unedel oder klein im Ton. Jedenfalls wie ein mittelmäßiges Cello. Angeblich ist bei seinem mühselig ausprobierten Verfahren ein akustisches Prinzip, nämlich die ausschließliche Ausnutzung der horizontalen Schallbestrahlung, gebrauchsfähig durchgeführt. Man wird sich das Instrument in ein Dreieck hindecken können, auch wenn der Besenstiel wieder auf den Wodsborg gewandert ist, wo er zum notwendigen Hausgerät gehört. Das bequeme und billige Material wird nach diesem gelungenen Versuch zur geschäftlichen Verwertung Anlaß geben können.

Der zweite Anonymus ist P. Merano. Er schrieb zu einem sehenswerten Bekehrfilm „Im Kampf um die Berge“ (Ufa) eine mehr als illustrierte, eine charaktervolle Musik, sehr modern, mit technischem Geschick und großer akkordischer Geiste. Sie klingt stark nach dem Futuristen Holländer, der „Die Wupper“ unterlante. Diese Neuerung der Filmmusik als einer adäquaten tonlichen Ergänzung des gekurbelten Inhalts ist eine Werteskunde lang reizvoll. Noch einer Stunde ist das Ohr müde, während das Auge unerfüllt bleibt. Der Zwiespalt ist erst noch zu überwinden, und ebenso die Unzulänglichkeit des Kinoorchesters.

Kurt Singer.

Das Michaelsfest (29. September), das die katholische Kirche dem Erzengel Michael schon seit dem 5. Jahrhundert feiert, ist ein Tag, der auch in anderer Hinsicht für uns Bedeutung hat: er ist zugleich auch der Gedentag des „deutschen Michels“, des Schutzpatrons des deutschen Volkes und das Sinnbild unseres Volkstums.

Es ist nicht ohne Reiz, dem Ursprung dieser Verstandsbildung nachzugehen. Ihren Ausgang nahm sie aus der biblischen Legende, in der der Erzengel Michael den Teufel besiegte. Diese Tat machte ihn zum Helden, und schon frühzeitig wurde er deshalb von den Christen zum Schutzpatron des Kriegerstandes erhoben. Auch im alten Deutschland wies man bald nach der Einführung des Christen-

tums dem tapferen Erzengel eine wichtige Rolle zu: man setzte ihn an die Stelle des Kampfgottes und „wilden Jägers“, des Wotan, und die Verehrung, die ursprünglich der heidnischen Gottheit gegolten hatte, wurde nun ihm dargebracht. Ursprünglich hatte man an dem Tage, der dem Wotan geweiht war, Gericht gehalten, ein großes Volksgericht, an dem auch über die verschiedensten Geschäfte des laufenden Jahres gemeinschaftlich beraten wurde, weil man annahm, daß auch die Götter an diesem Tag Gericht abhielten. Nun aber wurde aus dem heidnischen Gerichtstag, der natürlich immer viel Volk zusammenführte und damit auch zum Festtag geworden war, der Michaelstag.

Der Erzengel selbst wurde nach halb in der Erinnerung an Wotans Göttermut, dann aber auch im Gedanken an den Helden, der den Teufel besiegte, ähnlich wie St. Georg, der Drachentöter, zum Schutzpatron der deutschen Ritter geworden war, zum Beschützer des deutschen Kriegers. Doch mit der Zeit verlor sich diese Erinnerung an Michaels kriegerischen Heldenmut und wurde Michael zum Sinnbild eines zwar tapferen, kräftigen und gutmütigen, aber auch ein wenig beschränkten Volkstums. Dabei ist es denn geblieben, und der deutsche Michel, dem man noch dazu eine Zippelmähe aufsetzte, ward schließlich auch im eigenen Land zur humoristischen Figur. Die Bezeichnung, „deutscher Michel“ selbst entstand etwa um die Mitte des 15. Jahrhunderts und hat einen eigenartigen Ursprung. Es war nämlich um diese Zeit Brauch, daß alljährlich Scharen von deutschen Kindern und jungen Leuten zum Michaelstag nach dem Mont St. Michel, dem Inselstern an der Küste der Normandie, pilgerten. Und weil diese zum großen Teil krankhaft überspannten jungen Volkswirer, die man die „Michelskinder“ nannte, nun auf ihren Rücken immer nur den heiligen Michael anfangen, nannte man sie spöttlich „die dummen deutschen Michel“.

Eugen Dühring, dessen Name der deutschen Arbeiterschaft zum mindesten aus einer polemischen Schrift unseres Friedrich Engels bekannt sein dürfte, ist am 2. September, 88 Jahre alt, in Rowome bei Potsdam gestorben. Die Todesnachricht kommt verspätet an die Öffentlichkeit, die sich einst viel mit diesem genialen Gelehrten und quertüchtigen Eigenbrötler beschäftigt hat, aber seit Jahrzehnten so wenig Notiz von ihm nahm wie er von ihr.

Es ist wohl bald ein halbes Jahrhundert her, als der junge blinde Privatdozent für Philosophie und Nationalökonomie durch seinen Konflikt mit der Berliner Universität die europäische Gelehrtenwelt in Erregung brachte. Seine Kollegen waren von den Studenten überlaufen worden, seine ersten Schriften hatten Aufsehen erregt und Beifall gefunden, und als er seine „Kritische Grundlegung der Volkswirtschaft“ veröffentlichte, war Bismarck auf ihn aufmerksam geworden und hatte ihm die Abfassung einer Denkschrift über sozialpolitische Reformen vorgeschlagen. Sein Stern schien im Aufgehen zu sein, als plötzlich ein jäher Umschwung eintrat. Ein Bekehrtschul für Philosophie war zu befehlen, auf den er Anspruch zu haben meinte; aber ein anderer erhielt die Berufung. Seine Denkschrift erschien ohne sein Wissen unter fremdem Namen, und Dühring strengte eine urheberrechtliche Klage an, obgleich die Regierung ihm eine



# Eigenverfassung unserer Schulen.

## Ein erster Versuch der Schul-Selbstverwaltung in Berlin.

Die Frage der Schulverfassung drängt ihrer Lösung zu. Die folgenden Ausführungen aus der Feder des Berliner Ober-Schulrats Paulsen behandeln diese Frage und geben Richtlinien für die Verfassung einer sich selbst verwaltenden Schule. Redaktion des „Sozialisten“.

### I.

Die städtische Schulverwaltung hat bei der Aufsichtsbehörde beantragt, an einzelnen Schulen Berlins den Versuch einer demokratischen Schulverfassung zu machen, um für eine allgemeine Gesetzgebung Erfahrungen zu sammeln. Das bedeutet einen ersten bescheidenen Anfang für die Einleitung einer Schulentwicklung, wie sie dem Bedürfnis der neuen Zeit entspricht. Das Provinzial-Schulkollegium zeigte sich grundsätzlich einem solchen Versuch geneigt, äußerte aber gleich zu Beginn der Ausführung so schwere Bedenken, daß der Plan zu scheitern drohte. Die Potsdamer Regierung, die unglücklichweise in den Bezirken der früheren Provinz noch heute die Schulaufsicht ausübt, verbot kurzerhand jede Erörterung dieser Anregung in den Schulen ihres Verwaltungsgebietes. Es ist aber zu hoffen, daß alle Widerstände überwunden werden, der Wille einer aufstrebenden Lehrer- und Elternschaft und die Zeit bürden dafür. Dieser Einsicht verschließen sich auch die leitenden Stellen unserer staatlichen Behörden nicht, es gilt nur, Vorurteile und Mißverständnisse in den kollegial beschließenden Behörden zu beseitigen.

Der Ausfall der Wahlen am 16. Oktober wird für die Entwicklung unseres Schulwesens von ausschlaggebender Bedeutung sein. Fällt die sozialistische und fortschrittliche Mehrheit, dann verbleiben sich alle Widerstände, und die Möglichkeit einer großzügigen Schulreform ist bedroht. Denn nur engere, gebildete Kreise des Bürgertums begreifen es, daß Schulangelegenheiten Kulturangelegenheiten sind und daß eine wirtschaftliche Erneuerung nicht eintreten kann ohne innere, geistige Erneuerung unseres Volkes. Damit soll nicht gesagt sein, daß diese Bildung und die Einsicht in die inneren Zusammenhänge überall unter den Lehrern angetroffen werden. Der neuen Schulentwicklung werden Widerstände, wie die Erfahrung es lehrt, auch aus den unaufgeklärten Teilen des Proletariats erwachsen. Aber das Proletariat steht der Schule unbefangener gegenüber, es hat keine starke Bildungstraditionen zu brechen, und williger und sehnlicher, da mehr Bildung das Mittel seines Aufstiegs bedeutet. Unerbörten durch Bildungsprivilegien und Bildungsrechte wächst es in seine Schule hinein.

Die Einwände, die man gegen die Selbstverwaltung der Schule erhebt, werden formal und materiell begründet. Zunächst bestritt man der Stadt das Recht einer unmittelbaren Anregung und des unmittelbaren Verkehrs mit ihren Schulen. Man erblickt darin mit Unrecht eine Einmischung in das Aufsichtsrecht des Staates. Darin befindet sich die alte, nicht auszurottende Denkwelt des Obrigkeitsstaates, der in jedem eigenen Denken und in dem Willen schaffender, gestaltender Mitarbeit Auflehnung gegen die Hoheit des Gesetzes erblickt. Schulaufsichtsrecht schließt das verantwortliche Mitarbeitersrecht nicht aus, ja erfordert es geradezu, sollen nicht Einrichtungen des Staates in einseitiger, formalgesetzlicher Behandlung verkümmern und ihrem lebendigen Zweck entzogen werden. Die Stadtgemeinde Berlin, die kein erweitertes Berlin ist, sondern ein neues Gemeinwesen mit eigenem Sinn und selbständigem Zweck, hat in der Abgrenzung ihrer Rechte und in der Schaffung brauchbarer Verwaltungsformen ein Arbeitsgebiet von weittragender Bedeutung. Mit der Lösung dieser Aufgabe ist ihr zukünftiges Geschick eng verbunden. Man geht nicht zu weit in der Behauptung, daß die neue Stadtgemeinde sich wieder auflösen wird, wenn es ihr nicht gelingt, mit einem einheitlichen Recht ihrer geistigen und materiellen Wirtschaft ein kräftiges Eigenleben zu entfalten. Der Staat sollte dieses Streben überall begünstigen und fördern, nicht aber sich gegenwärtig so feindselig dazu stellen.

In der Schulverwaltung gilt es vor allem, starke Eigenkräfte zu entfalten. Die Deputation für Schulwesen (nicht zu verwechseln mit den einzelnen Bezirksschuldeputationen) ist die einzige Stelle, von der aus das gesamte Schulwesen Berlins verantwortlich überblickt werden kann. Von hier aus muß sich der einheitliche Gestaltungswille im Schulwesen durchsetzen, muß die Formung unserer Schulen anbahnen, soweit sie zentral möglich und notwendig ist. Sie ist die Stelle, in der die Bezirkseigenen überwinden, zugleich aber auch einer starken Eigenentwicklung des Bezirksschulwesens der Weg

freigehalten werden kann. Es würde einen unerträglichen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht unserer Stadtgemeinde, die nach ihrer Bevölkerungszahl Provinz und Volk ist, bedeuten, wenn man ihrem höchsten Schulverwaltungsorgan nicht einmal das Recht der Anregung, nicht das Recht der Fragestellung an ihre eigenen Schulen, die sie baut und unterhält, deren Lehrkräfte sie anstellt, gewähren wollte. Ein Widerstand wäre es, der Stadt einmal das entscheidende Recht der Anstellung ihrer Lehrer, Direktoren und Direktoren zu geben, ihr kurz darauf aber den selbständigen geistigen Verkehr mit ihnen zu verbieten. Die Stadt verleiht hier eines ihrer wichtigsten Grundrechte, und der Staat bezieht einen schweren Fehler, wenn er ihr durch seine Aufsichtsbeamten dieses Grundrecht rauben oder schmälern läßt, zumal nicht ein einziges seiner Aufsichtsrechte durch die Forderung der Stadt angefochten oder auch nur beswehrt werden soll.

Die beiden anderen Haupteinwände gegen den Versuch der Selbstverwaltung können kürzer behandelt werden, wenn gleich sie nicht minder wichtig sind. Es sollen die höheren Schulen von dem Versuch grundsätzlich ausgeschlossen und die Mitarbeit der Eltern an den freien Schulen überhaupt nicht in Frage kommen. Es braucht nicht betont zu werden, daß durch solche Einschränkungen der Wert des Versuches aufgehoben wird. Es kann nicht die Absicht des Provinzial-Schulkollegiums sein, in dem Augenblick, da sich das Reich anschickt, die Einheit des Schulwesens grundsätzlich zu ordnen und die Stadt ihr gesamtes Schulwesen unter einer einheitlichen Leitung zusammenzufassen, durch eine Sonderbehandlung der höheren Schulen diese Einheit wieder aufzuheben. Auch die höhere Schule hat den Beruf, sich an den pädagogischen und schulpolitischen Aufgaben der Gegenwart aus innerem Bedürfnis heraus zu beteiligen, wenn sie nicht innerhalb des Schulwesens zu einer fremden Sonderveranstaltung herabsinken soll.

Und keine Mitarbeit der Eltern? Schon dieses hier noch einmal nicht aussprechen, läßt die Unmöglichkeit der Gegenforderung im Hinblick auf die Grundzüge der neuen Pädagogik und vor der politischen Dessenlichkeit empfinden. Gibt es überhaupt eine fortschrittliche Lehrerschaft, die auf die Zusammenarbeit mit den Eltern grundsätzlich verzichtete? Und gibt es eine Elternschaft, die sich nach dem 9. November 1918 dieses Recht nehmen läßt? Die Eltern aus der Schule ausschließen, hieße die Zukunft unserer Schule opfern! Schulmänner, die dies grundsätzlich forderten, müßten als unfähige Beamte aus der Schule entlassen werden, sie lehnen in den Schulen das Objekt ihrer Unterrichtsmethoden, nicht aber die Stätten jugendlichen und gemeinschaftlichen Volkslebens.

Jeder ernsthafte Lehrer will darum auch die Mitarbeit der Eltern. Die Verbindung von Schule und Haus ist eine alte Idealforderung der Lehrerschaft. Man streitet sich nur um die Form. Findet sich eine glückliche Lösung, die eine fruchtbare und friedliche Zusammenarbeit verbürgt, dann werden die besonders in Berlin regen Widerstände schwinden, alle Bedenken beseitigt werden. Es war ein Verdienst von Konrad Haenisch, daß er in seinem Erlaß vom 5. November 1919 die Elternbeiträge einsetzte. „In jeder Schule wird ein Elternbeirat gebildet. Er soll der Förderung und Vertiefung der Beziehungen zwischen Schule und Haus dienen und den Eltern wie der Schule die Arbeit miteinander und den Einfluß aufeinander gewährleisten.“ Dieser erste Punkt der „Satzungen für Elternbeiträge an Schulen“ enthält die ganze Aufgabe. Vielleicht aber ist es die Form der Ausführung, die verhindert, daß der Sinn dieser Aufgabe sich durchsetze, ja, daß Schule und Haus stellenweis in einem feindseligen Gegensatz stehen, der das Leben der Schule aufs äußerste bedroht. Hier muß Hilfe werden. Durch die Wahl der Elternbeiräte nach Listen und unter dem Einfluß der politischen Hochspannung unserer Dessenlichkeit ging der pädagogische Sinn der sozialen Einrichtung zum Teil verloren. Den Elternbeiträgen fehlt ein natürliches Arbeitsgebiet, es verlor sich hinüber zum theoretischen Meinungsstempel. Die Tätigkeit der Elternbeiräte muß in die Schularbeit natürlich eingegliedert werden und die Form ihrer Arbeit wirklichem Schulbedürfnis entsprechen. Sie dürfen nicht eine Sonderveranstaltung neben der Schule sein, sondern ein lebenswichtiges Glied des Gesamtorganismus. Ihrer Idee nach müssen sie in der einheitlichen Leitung und in der Arbeit der Schule reiflos aufgehen. Ein Elternauschuß z. B., der sich aus Vertretern der einzelnen Klassenelternschaften zusammensetzt, vermag in ein sachliches, viel engeres Verhältnis zur

Schule und zu den Lehrern zu rücken, als es ein politisch gesetzter Vertrag. Die Vorbedingungen des notwendigen Vertrauens zwischen Lehrern und Eltern wären in ihm viel glücklicher gegeben, und den widerstrebenden Gruppen der Lehrerschaft wäre der Vorwand für ihre Ablehnung genommen, die Eltern vertreten keine sachlichen Interessen, sondern verfolgen politische Sonderzwecke. Sämtliche Gemeindefortschrittlichen in Hamburg haben darum praktisch die politische gewählten Elternbeiräte durch Schul- aus-schüsse ersetzt. Dabei ist es ein großer Irrtum, zu glauben, daß die aus der Schularbeit hervorgehenden Elternbeiräte schulpolitisch und politisch enger eingestellt wären. Wo überhaupt ein politischer Wille vorhanden ist, wird er in der Bewältigung einer Teilaufgabe, die in einer größeren enthalten ist und in ihrem Endzweck im höchsten Maße kulturell politisch wirkt, nur erstarken.

In einem weiteren Aufsatz soll dargestellt werden, wie die Eigenverfassung an einer Schule grundsätzlich durchgeführt werden kann.

Wilhelm Paulsen.

### Der Winterverkehr auf Stadt- und Ringbahn.

Der Winterfahrplan der Berliner Eisenbahndirektion bringt auf den einzelnen Strecken wesentliche Veränderungen gegen den Sommerfahrplan. Im Vertikalsverkehr werden auf der Stadt- und Ringbahn eine Reihe von neuen Zügen aufgeführt, die von und nach Gesundbrunnen über Stralau-Kummelsburg nach und von der Stadtbahn verkehren. Es sind dies Züge, die bisher von Nauen-Friedrichsfelde gefahren wurden und zur Entlastung der Ringzüge zwischen Gesundbrunnen und Stralau-Kummelsburg und der über die Stadtbahn verkehrenden Vorortzüge in den Hauptverkehrsstunden des Vormittags dienen sollen. Sie bieten den Anwohnern des Nordringes eine Möglichkeit, ohne Umsteigen in das Stadtimere zu gelangen. Zwischen Nauen-Friedrichsfelde und Schloßberg-Bahnhof werden im Berufsverkehr in den frühen Morgenstunden einige neue Züge eingestellt. Im Spätverkehr wird an den Wochentagen von der Stadtbahn ein neuer Zug von Kaulsdorf (ab 12.49 nachts) nach Charlottenburg (an 1.39 nachts) vorgeschoben, ebenso verkehrt auf der Strecke Erkner-Stadtbahn ein neuer Spätzug, der von Erkner um 11.52 nachts abfährt und bis nach Schleißer Bahnhof (an 12.43 nachts) verkehrt, wo er um 12.48 nachts Anschluß nach Charlottenburg hat. Weiterhin bringt der neue Fahrplan auch eine Späterlegung des letzten Stadtbahnzuges in der Richtung Charlottenburg-Schloßberg-Bahnhof (ab Charlottenburg 1.03 nachts, an Schloßberg-Bahnhof 1.34 nachts), an Nauen-Friedrichsfelde 1.48 nachts. Durch diese Späterlegung wird ein Anschluß vom Siedring (an Charlottenburg 12.48 nachts) geschaffen und auch die Wartezeit für Reisende, die den letzten Zug nach Grünau (ab Schloßberg-Bahnhof 1.37 nachts) benutzen, abgetürzt. Der Sonntagfahrplan der Stadtbahn weist gegen den Sommerfahrplan nur geringe Veränderungen auf.

### Raubüberfall aus „idealistischem Kommunismus“.

Das Schwurgericht des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dransfeld verhandelte gestern eine Anklage wegen Raubes gegen den Maschinenbauer Ernst Lundström, der sich selbst als einen überzeugten Kommunisten bezeichnete.

Am 27. Mai 1920 wurde auf zwei Kassenboten der Rungewerke in Spandau, die sich regelmäßig zweimal in der Woche, auf dem Wege von der Bank nach ihrer Firma befanden, ein Raubüberfall verübt. Der eine Boten trug in seiner Tasche 40 000 M., der andere 70 000 M. In der Seegefeder StraÙe wurden sie von drei Männern angefallen und einer von diesen Männern, der Angeklagte Lundström, hat dem einen Boten die Tasche mit den 40 000 M. abgenommen und ist dann entflohen, aber später ermittelt worden. Lundström behauptet, daß er an der Tat allerdings teilgenommen habe. Die Beweggründe seien jedoch nicht dem Wunsch nach persönlicher Bereicherung, sondern seiner idealistischen Ueberzeugung und seinem politischen Pflichtgefühl entsprungen. Am Tage vor der Tat sei ein Parteigenosse, der sich „Paul“ nannte, an ihn herangetreten und habe ihm gesagt, daß er sich am nächsten Tage zu einer politischen Aktion bereithalten solle. Was tatbereiter, eifriger Kommunist habe er sich bereit erklärt, da Paul sagte, es handle sich um die Beschaffung wichtiger Papiere der gegenrevolutionären Partei. Am nächsten Tage sei Paul mit ihm und zwei anderen Parteigenossen nach dem Tatort gefahren. Er selbst habe den Auftrag bekommen, die Sicherung der Treppe der Ueberführung zu übernehmen, welche die Staatenstraße mit der Rauener Straße verbindet. Der Angeklagte behauptet, besagter Paul habe während der in einem Automobil aus-

## Fräulein.

Von Paul Enderling.

15]

Copyright, 1920, by J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachf., Stuttgart u. Berlin

„Haben Sie an mich gedacht?“ Er sah so glücklich aus. „Das ist seltsam. Ich hätte nicht gedacht, daß jemand an mich denken könnte.“

Sie wollte etwas erwidern, aber sie kamen im Gedränge der Aussteigenden auseinander und fanden sich erst unter den Linden vor dem Gasthaus wieder.

Fräulein dachte: Hat er gewußt, daß ich hierher fuhr? Ist es Zufall? Ach, was ist denn Zufall!

Als sie ihre Briefe abgegeben hatte, blieben noch zwei Stunden bis zur Rückfahrt. Sie schlug Hermann vor, sich auf die andere Seite des Flusses überlegen zu lassen und zum Leuchtturm zu gehen. Er ging bescheiden in etwas Abstand neben ihr.

Nun waren sie auf der Steinmole, die sich in die See reckt. Der Seewind umfuhrt sie. Fräulein öffnete das Jackett. Es war so schön, gegen den Wind anzukämpfen und sich gegen ihn zu stemmen. Möwen legelten an ihnen vorbei und kreischten. Der Wind hatte Fräuleins Frisur gelockert. Zwei braune Haarstränge ringelten sich los und glitten über ihr Gesicht. Und wieder lachte sie, grundlos, herzlich. War die Welt nicht schön? War sie nicht jung?

Am Leuchtturm kletterten sie vorsichtig an die Außenspitze der Mole. Auf der oberen Stufe — die unteren waren bespritzt — ließen sie sich nieder. Die grünen Wellen züngelten zu ihren Schuhen empor.

„Das Element, das Schiffe und Menschen frisst, spielt mit uns,“ sagte Hermann endlich.

„Wir stehen uns gut mit ihm.“ Fräulein lachte. Wie selten lachte sie sonst!

„Es spielt mit uns, wie das Leben bisweilen mit uns spielt,“ sagte Hermann. „Man soll sich aber darüber nicht täuschen: es verändert seine Natur deswegen nicht. Im nächsten Augenblick paßt es uns.“

Fräulein schüttelte den Kopf. Die beiden Haarstränge flogen. Eine Frau Hermann, der bei der Berührung die Augen schloß. „Wie stark es ist! Es ist wirklich eines Lebens wert, es zu bezwingen.“

„Das Element oder das Leben?“

„Beides.“

„Bezwingen Sie das Leben?“ Er blickte sie ironisch an.

„Ich weiß nicht,“ sagte sie leise. „Aber es muß herrlich sein . . . es muß herrlich sein . . .“

Von dem kleinen Steg der Westerpforte wehten bunte Fähnchen herüber. Menschen gingen da, klein wie krabbelnde Ameisen. Am ganzen Strand krabbelten sie.

„Sie sind hier ganz anders als bei uns zu Hause, Fräulein.“

„Ich wollte, Sie wären es auch.“ Sie legte ihre Hand auf seinen Arm. Er blickte gerührt auf ihre Hand nieder. Sie war klein und sah eifrig und tapfer aus.

„Ich bin wie eine Schnecke. Ich trage mein Haus immer mit mir. Mein Vaterhaus.“

„Vaterhaus — wie schön klingt das doch! Sie wissen gar nicht, wie gut das ist, eins zu haben.“

„Haben Sie keins?“

Fräulein senkte den Kopf. Sie schwieg. Ihre Eltern waren lange, ach, wie lange tot. Ihre Verwandten hatten sie abgeschüttelt. Nun biß sie sich in der Fremde durch, die ihr ein Zuhause geben sollte. — — Nein, heute nicht daran denken! Heute war Sonnenschein und Möwenschreien und Seeluft und Fähnchengeplatter.

„Aber über eins freue ich mich. Sie sind jetzt anders als die letzten Male, wo Sie auf Ferien nach Hause kamen.“

„Wie bin ich denn jetzt?“

„Sie sind ruhiger. Sie vertragen sich mit Ihrem Vater besser. Entschuldigen Sie!“

Seine Mundwinkel umspielte ein merkwürdig altes Lächeln. „Wir sind zwei Mächte, die sich gegenüberstehen, Vater und ich. Aber da er eine Großmacht ist und ich ein Kleinstaat bin, bin ich klug genug, keine Kriegserklärung loszulassen.“

„Um Gottes willen, so darf man doch nicht von seinem Vater reden!“

„Wie soll man denn von ihm reden?“ Er blickte sie belustigt an.

Fräulein rang ihre Hände. „Ich habe es nie anders gekannt,“ sagte sie fest, „als daß man seinen Vater lieben muß.“

„Hm ja. Klingt ganz schön. Und das muß darin erinnert mich ja auch wieder an das Väterliche. Aber, hand aufs Herz — er erhob sich — „könnten Sie sich im Ernst denken, daß man m e i n e n Vater lieben kann?“

Fräulein schwieg. Sie dachte: könnte ich ihm doch helfen,

könnte ich doch allen Menschen helfen! Die Welt ist doch so schön und das Leben — —

Eine Welle nahm einen großen Anlauf und überflutete sich dicht zu ihren Füßen. Der weiße Gischt bestäubte sie beide. Lachend schüttelten sie sich.

„Wir müssen fort. Es ist Zeit. Ich glaube, ich muß laufen, daß ich den Dampfer noch erreiche. Kommen Sie mit?“

„Wenn Sie erlauben.“

Sie lief voran, mit dem Wind, der das Kleid an sie preßte und sie vorwärts trieb. Hermann folgte langsam. Ihr Lachen klang zu ihm herüber.

Im Görtschen Hause ging die Schneiderin ein und aus. In vierzehn Tagen, an Theas Geburtstag, sollte die Veröffentlichung der Verlobung stattfinden. Jetzt, wo Julius Görte zugestimmt hatte, ließ er es an nichts fehlen. Es sollte eine große Feier werden in irgendeinem Hotel, und die Familie und die Geschäftsfreunde mußten dabei sein.

Frau Görte schloß die Augen vor den Kosten, die das verursachen würde. Konnte man nicht im eigenen Hause feiern? Im engsten Familienkreise? War das nicht auch viel gemüthlicher?

Aber so sehr Julius Görte auch sonst für die Familie war, hier blieb er fest.

Jeden Tag kam Doktor Henning, und jeden Tag brachte er einen Strauß mit. Die teuren Sträuße belasteten schwer sein schmales Konto. Manchmal war Thea nicht zu Hause; sie war — so hieß es — auf Einkäufen. Dann sah er still und bescheiden eine Viertelstunde im Wohnzimmer, hörte seiner Schwiegermutter zu und drehte vorlegen an seinem Schnurrbartchen.

Er war immer etwas „benommen“ in diesem Kreise, der so ganz anders war als alles, was er bisher gesehen, und auch so ganz anders, als er sich diese Kreise gedacht. Es ging gar nicht in dem großen Stil zu, den er bei den reichen Familien der Stadt als selbstverständlich vorausgesetzt hatte. Es ging gut bürgerlich, oft sogar recht kleinbürgerlich zu. Diese Wäsche, die ewig gestickt, diese Strümpfe, die ewig gestopft wurden, die ewigen Klagen Frau Görtes über die hohen Preise und die Ausgaben für die Verlobung machten ihn noch verlegener, als er ohnehin war. Er hatte manchmal das dunkle Gefühl, schuld an einer Entwürdigung der Görtschen Finanzen zu sein, und kam sich halb wie ein Verbraucher vor. . . .

(Fortf. folgt.)







# Das Oppauer Unglück vor dem Reichstag.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags teilte Präsident Ebbel zunächst mit, daß am 7. Oktober das Wahlprüfungsgericht zur Prüfung der Wahlen in Ostpreußen I und Schleswig-Holstein XIV zusammentreten wird. — Abg. Kemmle hat gegen eine in seinem Bureau von der Berliner Kriminalpolizei vorgenommene Hausdurchsuchung wegen Verletzung der Abgeordnetenimmunität Beschwerde erhoben. Die Beschwerde geht an den Geschäftsordnungsausschuß, desgleichen ein kommunistischer Antrag, die über den Reichstagsabgeordneten Wendelin Thomas-Kugsburg verhängte Strafkraft für die Dauer der Sitzungsperiode des Reichstags aufzuheben. — Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs zur Verlängerung der Vorlage betreffs Abweichungen vom Biersteuergesetz bis zum 31. März 1922. Bis zu diesem Zeitpunkt können die Brauereien billigere Streckungsmittel, wie Abfallreis und Mais, verwenden.

Abg. Jand (Soz. Pp.) lehnt namens seiner Fraktion die Vorlage ab. Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung angenommen. Gegen die sofortige Vornahme der dritten Lesung erhebt Abg. Jand Einspruch.

Die Verordnung zur Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Besoldungsgesetz geht an den Beamtenauschuß. Es folgt der Nachtragshaushalt betreffend

## die Teuerungszulagen für die Reichsbeamten.

Nach der Vorlage soll mit der Wirkung vom 1. August ab der Teuerungszuschlag zum Grundgehalt und zum Ortszuschlag für die pflanzlichen Reichsbeamten in der Ortsklasse A 93 Proz. betragen, in B 91 Proz., in C 89 Proz., in D 87 Proz. und in E 85 Proz. Auch die außerplanmäßigen Reichsbeamten erhalten einen weiteren Teuerungszuschlag.

### Abg. Steinlopf (Soz.)

gibt namens seiner Fraktion folgende Erklärung ab: Eine fühlbare Milderung der Not der Beamten bringt diese Erhöhung nicht. Infolgedessen sind auch die Spitzenorganisationen nicht befriedigt. Sie halten an ihrer Forderung einer sozial gerecht gestalteten Staffelung fest. Die sozialdemokratische Fraktion verlangt, daß bei einer weiteren neuen Regelung eine Staffelung nach Gehaltsstufen eintritt, wobei die geringeren Gehältern besonders berücksichtigt werden. Wir geben dem vorliegenden Gesetzentwurf nur unter der Voraussetzung unsere Zustimmung, daß bald eine neue Vorlage erfolgt, die die Wünsche der Beamten erfüllt.

Abg. Dr. Petersen (Dem.): Wir bedauern, daß die Wünsche der Beamten durch diesen Entwurf noch nicht befriedigt sind. Wir wollen aber das Zustandekommen des Gesetzes in diesem Augenblick nicht gefährden.

Abg. Frau Zieh (U. Soz.): Bei der Verteilung von Zulagen unter Arbeiter, Angestellte und Beamte ist man selber nicht gerecht verfahren. Alle Beamten müssen eine gleichmäßige Teuerungszulage erhalten.

Abg. Brauermann (D. Pp.): Wir müssen ein Besoldungsgesetz machen, das die Friedensgehälter als Grundlage nimmt und sie umrechnet nach den jetzigen Teuerungsvorkäufen. Wir bedauern auch, daß die Spannung zwischen den Bezügen der Pensionäre und denen der im Dienst befindlichen Beamten noch immer nicht verringert worden ist.

Abg. Degler (Dnat.): Die Sätze müssen bald erhöht werden, und zwar so, daß vor allen Dingen die Beamten der unteren Besoldungsgruppen ein einigermaßen auskömmliches Leben führen können.

Abg. Höfle (3.): Wir verlangen einen einheitlichen Teuerungszuschlag. Die Regierung hat das vorläufig abgelehnt. Der Unterschied in der Teuerung zwischen Stadt und Land ist aber zweifellos heute nicht mehr so groß, daß so starke Unterschiede in Gehältern sich daraus rechtfertigen.

Abg. Bach (Komm.): Die am meisten schreien, fallen sofort um, wenn es heißt, es sei angeblich kein Geld da.

Abg. Dauer (D. Pp.) stimmt dem Gesetz zu. Die Vorlage wird darauf in allen drei Lesungen unverändert gegen die Kommunisten angenommen.

## Das Explosionsunglück in Oppau.

Auf der Tagesordnung steht dann die mehrheitssozialistische Interpellation, die die Regierung auffordert, festzustellen, welche Umstände das Unglück verschuldet haben und was zur Verhinderung derartiger Unfälle geschehen kann. Den Geschädigten soll aus öffentlichen Mitteln Hilfe geleistet werden. Technische Anträge der Unabhängigen und Kommunisten werden mit der Beratung verbunden.

### Abg. Brey-Hannover (Soz.)

begründet die Interpellation. Nach den Mitteilungen unseres Parteiorgans in Ludwigshafen waren am Mittwoch 414 Tote geboren, 126 werden vermißt. Wir geben uns keinem Zweifel hin, daß die Zahl der Vermissten ebenfalls als Opfer zu buchen ist. Neben diesen Opfern zahlreiche schwer Verletzte! Allein 40 Personen sind ihres Augenlichts beraubt. Den Toten unsere Trauer, als Helden der Arbeit unser Bedenken und zugleich das Gelübnis, zu arbeiten, damit ähnliches verhindert wird. Wäge diese Welle des Mitgeföhls, das auch bei unseren ehemaligen Feinden Widerhall auslöst hat, zu einem Strom hilfsbereiter Tat werden. Wie war das Unglück möglich? Generaldirektor Bosh hat an den Brüdern der Toten erklärt, man stehe vor einem Rätsel. Sämtliche bereits vorher gemachten Versuche und Untersuchungen haben die Unschädlichkeit des eingelagerten Produktes bewiesen. Das kann uns nicht beruhigen. Man hat ferner von einem Verbrechen aus Reid über unsere industriellen Leistungen gesprochen. Ein Verbrecher hätte sich doch, zumal die Explosivität des Ammoniumsulfats nicht bekannt war, sicherlich an Maschinen und Apparate vergreifen. Herd des Unglücks ist ein Ammoniumsulfatsilo gewesen.

Bevor die Erfindung des Herrn Prof. Haber der Ernährung dienbar gemacht wurde, diente sie der Zerstörung. Sie diente dazu, während des Weltkrieges Explosionsmittel zu schaffen. Teile der Erzeugung, die sich in dem Silo Nr. 10 zu Ammoniumsulfatpeter verdichtete, sind während des Weltkrieges an mehr als einem Orte Deutschlands Ursache der Explosion, Ursache der Zerstörung von Menschenleben und Menschengefundheit gewesen. (Hört, hört! links.) Leider konnten wir während des Krieges wie bei so vielen anderen Dingen auch hier die volle Wahrheit nicht erfahren. Aber wir wissen, daß Menschenleben in unerhörter Zahl in den Städten gefallen sind, und zwar infolge dieser Explosionsstoffe, die in Ludwigshafen erzeugt worden sind. Die in ihrer Wirkung so schrecklichen Spreng- und Giftmittel entstanden aus jenen Stoffen, die nun wieder im eigenen Lande unter den Angestellten und Arbeitern sowie unter der Bevölkerung der Nachbarschaft verheerend gewirkt haben. Warum beunruhigt die Erklärung der Generaldirektion der Ammonwerke auch heute noch? Wenn man vor einem Rätsel steht, wie es dieses schreckens- und entsetzungsvolle Geschehen darstellt, wer bürgt dem dafür, daß die Silos — ich glaube, es sind jene, die mit 112 und 126 bezehnet sind, in denen noch 8000 Tonnen Ammoniumsulfat lagern — (Hört, hört! links) nicht zu einem neuen Unlücks-herd werden können? Wenn keine Ruffstehler und keine technischen Versähen vorliegen, wenn Verbrechen ausgeschlossen sind und wenn das Unglück das Werk einer chemischen Umsetzung ist, was droht dann den Unglücklichen in Betrieb und Umgebung?

### Ihnen droht doch eine neue Katastrophe.

Es ist die Aufgabe der Reichsregierung, Sicherheit zu schaffen, daß die noch vorhandenen Lager nicht eine zweite Quelle des Todes und der Verwüstung werden. Als zweite Forderung bezeichne ich eine Aufklärung der Ursachen, die in der rücksichtslosesten und unachtsamsten Weise vorgenommen werden muß. An drei Massengräbern habe ich im Einverständnis mit den Arbeitern der Forderung Ausdruck gegeben, daß die Arbeiter und ihre Vertreter bei diesen Untersuchungen beteiligt werden müssen. (Zustimmung bei den Soz.) Diese Forderung wiederhole ich hier. Meine Fraktion hat einen entsprechenden Antrag gestellt. Der Arbeiter muß wissen, in welcher Gestalt der Tod ihn mitten aus der Bahn reißen kann; er muß wissen, von welchen Gefahren er umtobt ist.

Ich habe mit den Arbeitern der Nachsicht gesprochen, die durch ihren Frierabend dem Unheil entronnen sind. Sie schildern die Arbeit in den Silos folgendermaßen: Früher wurde die zu Stein gemorbene Masse mit dem Bickel losgeschlagen, losgetragt; dann ist man zu einem Sprengverfahren übergegangen. Nach dem Sprengen wird mit Bickel und Schaufel nachgearbeitet, um die Masse zum Transport nach einem anderen Silo gelangen zu lassen. Dieser Transport vollzieht sich mittels eines Transportbandes. Die Masse kommt, nachdem sie hier entsichert, zur Aufspeicherung in einen anderen Silo, von dort zur Mühle.

### In der Unglücksnacht

fiel den Nachtschichtlern die Farbe des zu bearbeitenden Materials auf. Ein Teil der Klumpen zeichnete sich durch gelblichtrübe Farbe aus, die kleinen Teile sind weiß. Die Nachtschichtler sagten: Uns fiel diese gelbliche Farbe auf, sonst war das Material immer weiß. Das Material wird terrassenförmig aufgebaut. Auf der untersten Sohle liegt naturgemäß das älteste Material. Dies hat also Fabrikationswärme nicht mehr aufzuweisen. Auf dieser untersten Stufe fiel einem Nachtschichtler die Wärme des Materials auf. Das lag bereits seit dem Monat Juni unberührt, hatte also Fabrikationswärme nicht mehr. Er führt Zeugen an, zu denen er in seiner derben pfälzischen Art gesagt hat: „Da schaut einmal her, auf diesem Material kann man sich den — ich ersehe das derbe Wort durch die bekannten vier Buchstaben — dran wärmen.“ Wärme ist sonst an dem Boden des Silos nie aufgetreten. Dieser Arbeiter sieht hierin die Quelle der Explosion, er glaubt, daß sie

### durch Selbstentzündung erfolgt

sel. (Zuruf von der D. Pp.: Weshalb sagte er das nicht der Direktion?). So geschieht war er schon, das hat er schon getan! Aber er konnte es in der Nacht nicht mehr tun. Ich werde nachweisen, daß die Direktion da Maßnahmen zu treffen hatte.

In dem Silo wurde die Temperatur gemessen. Sie stieg bis zu 50 und 60 Grad. (Hört, hört! links.) Auch darin erblicken die Arbeiter ein Zeichen, daß mit der Hitzeentwicklung als Gefahrenquelle gerechnet worden ist und gerechnet werden mußte. Von Maßnahmen, die die Hitzeentwicklung paralisieren, ist mir nichts mitgeteilt worden. Die Nachsicht vor dem Unglück wurde

### von Gafen belästigt.

Auch das ist früher nicht beobachtet worden. Die Arbeiter erblicken in diesen Gaschwaden die Vorboden des Unglücks. (Hört, hört! links.) Ich frage: War ein chemisch gebildeter Leiter, ein mit solchen — ich darf wohl sagen: Wetterverhältnissen vertrauter Mann, am Arbeitsplatz?

Die Vergebung der Arbeit in diesen Räumen macht es nach meiner Auffassung zur Notwendigkeit, daß ein derart vorgebildeter Mann ständig die Luftschicht führt, denn die Vergebung dieser Entsprechung erscheint mir im höchsten Grade bedenklich, und sie ist auch den Arbeitern immer bedenklich gewesen. Sie ist an eine Tiefbauunternehmerfirma Gray vergeben gewesen, die die Arbeiten im Akkord ausführen ließ, d. h. nicht die Arbeiter arbeiten im Akkord, sondern im Tagelohn, aber die Firma übernahm die Arbeit gegen Akkordierung. Die Arbeiter haben mir versichert, daß diese Firma Gray sehr wackerhaftig gewesen ist und sich meißende Arbeiter aus dem Betrieb nicht angenommen hat. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Tiefbaufirma war als Entgelt eine Bezahlung gegen Tonnenleistung zugesichert. Den Arbeitern drängt sich die Empfindung auf, daß dieses Zahlungssystem zu Sprengversuchen geführt hat, bei denen es auf die

### Loslösung großer Mengen

ankam, und ich glaube, diese Befürchtung der Arbeiter hat etwas für sich. Eine weitere Gefahrenquelle erblicken die Arbeiter in einer Prämienarbeit, die zuerst im September 1920 eingeführt und im November 1920 eine Erweiterung erfahren hat. Bei der Einführung dieses Akkord- und Prämienystems hat die Arbeitervertretung nicht mitgewirkt.

### Jedenfalls darf nicht weiter gesprengt werden.

solange das Unglück nicht völlig aufgeklärt ist. Die Zusage des Reichspräsidenten auf ausreichende Versorgung der Hinterbliebenen wird hoffentlich erfüllt werden und darf sich nicht auf Privathilfe beschränken. Die Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Afa müssen erfüllt werden. Jedoch halten wir die Vorlage eines besonderen Gesetzes nicht für erforderlich, weil der 6. Ausschuß schon morgen an die Arbeit gehen kann. Dem kommunistischen Antrag auf Einleitung eines Untersuchungsausschusses, an dem auch Arbeitervertreter teilnehmen, stimmen wir zu. Die Hilfsaktion muß sich auf die geschädigte Bevölkerung von Oppau und Umgebung erstrecken. (Beif. Bravo! links.)

### Reichsarbeitsminister Brauns:

Die Reichsregierung hat sich nach dem Unglück sofort mit den zu treffenden Maßnahmen befaßt und dem Reichsarbeitsministerium mit der Untersuchung und der Einleitung der ersten Hilfe betraut. Der Umfang der Katastrophe, soweit sie Menschenleben gefordert hat, steht noch immer nicht ganz fest. Trotz der anstrengendsten Arbeit ist es bis jetzt noch nicht möglich gewesen, sämtliche Tote, die unter den Trümmern begraben liegen, zu bergen. Die Gesamtzahl der Toten ist auf etwa 400 zu schätzen. Mehrere hundert Personen sind schwer beschädigt und eine große Anzahl leicht verletzt worden. (Der Minister schildert eingehend den Umfang der Zerstörungen und verweist die Erklärungen der Fabrikleitung über die Ergebnisse der bisherigen Untersuchung über die Ursachen des Unglücks.) Auf welche Vorgänge die Explosion leichten Endes zurückzuführen ist, insbesondere wie sie eingeleitet worden ist, konnte bisher nicht ermittelt werden und wird sich vielleicht auch künftig nicht ermitteln lassen. Die Versuche der chemisch-technischen Reichsanstalt haben ergeben, daß das Doppelsalz mit starken Sprengkräften, wie sie im Bergwerksbetrieb gebraucht werden, nicht zur Explosion gebracht werden kann,

### wohl aber durch elektrische Zündung

bei festem Einschluß in eiserne Röhren. Einer Erklärung der Badischen Anilin- und Sodafabrik zufolge soll die Herstellung von Ammoniumsulfatpeter und ähnlichen Salzen in Oppau nicht wieder aufgenommen werden. Dafür will sich die Fabrikleitung der Herstellung ungefählicher, aber für die Verwendung in der Landwirtschaft ebenso brauchbarer Düngemittel zuwenden. Ich bin in Oppau nicht nur mit der Betriebsleitung, sondern auch mit der Arbeiterschaft in Verbindung getreten. Bei der Besprechung

hat sich ergeben, daß auch die Arbeitnehmer noch kein endgültiges Urteil über die Ursache des Unglücks abgegeben imstande waren und sich im wesentlichen auf die Angaben der Fabrikleitung beschränkten. Bei diesem vorläufigen Ergebnis soll es jedoch nicht bleiben. Die Untersuchung wird

### unter Mitwirkung aller Beteiligten, auch der Arbeiter,

fortgesetzt werden. Auch seitens der Staatsanwaltschaft in Frankfurt ist unter Mitwirkung technischer Sachverständiger eine Untersuchung eingeleitet worden. Vom Standpunkt der Unfallverhütung müssen weitere, gegebenenfalls auch gesetzgeberische Folgen aus den Ergebnissen der Untersuchung gezogen werden. Unsere zweite, ebenso dringliche Aufgabe ist die Hilfeleistung für die Opfer der Katastrophe. Die Reichsregierung hat sofort die Bewilligung von 10 Millionen Mark beantragt. Für Unterbringung der Obdachlosen und den Wiederaufbau der Wohnungen sind alle Maßnahmen getroffen. Ein besonderes Gesetz zur Versorgung der Opfer von Oppau ist nicht notwendig. Ein Spezialgesetz für die Opfer eines Unglücks hat schwere Bedenken für die soziale Gesetzgebung überhaupt. Es wird alles geschehen, um helfend einzugreifen.

Auf Antrag des Abg. Müller (Soz.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (3.): Eine Erbauung war mir die heldenhafte Kameradschaft der Arbeiter, die ihren verunglückten Kameraden Hilfe brachten. Die Ausführungen des Arbeitsministers haben uns befriedigt. Die 10 Millionen der Reichsregierung reichen nicht aus, wir sind bereit, mehr zu bewilligen.

Abg. Dr. Semler (Dnat.) fragt den Ernährungsminister, ob durch den Ausfall an Düngemitteln jetzt nicht etwa die Landwirtschaft gefährdet werde.

Abg. Dr. Moldenhauer (D. Pp.): Wir stimmen der Einleitung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu. Ich möchte aber warnen, schon jetzt Leute, die noch unter dem Eindruck der Katastrophe stehen, als Zeugen zu vernehmen.

Abg. Schwarz-Baden (U. Soz.): Wir wollen niemanden als Schuldigen hinstellen, aber es geht nicht, daß die Direktion der Badischen Anilinfabrik so tut, als ob ihre Unschuld schon einwandfrei bewiesen wäre. Der Untersuchungsausschuß muß feststellen, ob bei den Sprengungen

### die üblichen Sicherheitsmaßnahmen

getroffen wurden. Ein Ratgesetz ist erforderlich, weil die Sozialgesetzgebung bei der Not der Hinterbliebenen in solchen Fällen unzulänglich ist. Wer den Geschädigten wirklich helfen will, muß unseren Antrag annehmen.

Abg. Dietrich (Dem.): Die Explosion hat mit dem Produktionsprozeß nichts zu tun. Der Stickstoff ist eine Lebensnotwendigkeit für die Landwirtschaft und muß deshalb weiter erzeugt werden. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß kann nur der Beratung dienen, aber keine wirkliche Aufklärung über die Ursachen bringen.

Abg. Kemmle (Komm.): Keine Erfindungen an Ort und Stelle decken sich mit den Ausführungen des Kollegen Brey, auch mir wurde gesagt, daß bei den Sprengungen jährlich vorgegangen worden ist. Es war sehr bedauernd, daß die Paläste und Villen in Mannheim und Ludwigshafen den obdachlosen Familien kein Quartier gewährt haben. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß es einen subjektiv Schuldigen nicht gibt. Daß aber eine objektive Schuld vorliegt, deren eigentliche Ursache in der Profitgier des Kapitals zu suchen ist. Die Unternehmerschaft der chemischen Industrie muß in erster Linie zum Ersatz der Schäden herangezogen werden.

### Damit schließt die Aussprache.

Auf Antrag der Unabhängigen und Kommunisten wird ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß eingesetzt. Der kommunistische Antrag, daß dieser Ausschuß auch Angestellte und Arbeiter zuziehen muß, die von den in Oppau Beschäftigten gewählt werden sollen, wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt. Die Anträge auf Vorlage eines Ratgesetzes gehen an den 6. Ausschuß.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. — Nächste Sitzung, Freitag, 12 Uhr: Kleine Vorlagen, Friedensvertrag mit Amerika, Anträge der Deutschnationalen und Unabhängigen betr. die Verordnung des Reichspräsidenten und die bayerische Angelegenheit. — Schluß 1/8 Uhr.

Der Ältestenrat des Reichstages beschloß in seiner Mitwirkung, den Gesetzentwurf zum Schutze der Republik sowie einen ähnlichen Entwurf, welcher von den Sozialdemokraten eingebracht worden ist, am Freitag bei der politischen Debatte mit zur Beratung zu stellen.

## Völkerverhetzung am Massengrab.

Unter dieser Ueberschrift wendet sich unser Hamburger Parteiblatt mit der größten Schärfe gegen die Art, wie einige rechtsstehende Hamburger Blätter es unternommen haben, auf Grund falscher Darstellungen der Haltung der französischen Besatzungsbehörden und Truppen die grauenhafte Oppauer Katastrophe im nationalistischen Sinne auszuschlachten. Auch wir hatten bereits am vorigen Donnerstag gegen ähnliche Versuche rechtsgerichteter Berliner Zeitungen entschiedene Stellung genommen. Indes verdient der vom „Echo“ zitierte Artikel der „Hamburger Nachrichten“ auch hier besondere Beachtung und an den Branger gestellt zu werden, zumal er zu einer Zeit erschien, wo die ersten unwahren Nachrichten über eine Nichtbeteiligung der Franzosen am Rettungswert längst widerrufen waren. Die „Hamburger Nachrichten“ schrieben:

„Wenn wir uns früherer deutscher Hilfsleistungen in fremden Ländern erinnern, so verlangen wir keineswegs, daß fremde Völker nun uns helfen, denn dieses Verlangen wäre doch vergebens. Deutschland hat sein Empfinden und seine Nächstenliebe für sich; von andern werden sie nicht geteilt. Daß sich die Franzosen, die mit der Lagerischen Rheinpfalz auch Ludwigshafen besetzt halten und dort überreiche Truppenkräfte stehen haben, nicht am Rettungswert, ja nicht einmal an den notwendigen Abperrungen beteiligten, wer wundert sich darüber? Niemand durfte von den Franzosen etwas anderes erwarten. . . Die Franzosen verbieten das Hilfswort mit grinsendem Zynismus. Nicht einmal den eigenen Volksgenossen mit deutscher Hilfe im schrecklichen Unheil beistehen zu dürfen, ist das grausamste Los, das uns diese Tage aus französischer Hand begehren. Doch der Sadismus ist ja französischen Ursprungs und der Marquis de Sade der größte Franzose, in dem sich sein Volk am deutlichsten verdröppert sieht.“

Aus allem, was wir bisher vernommen haben, geht hervor, daß die Franzosen sich anlässlich der Oppauer Katastrophe in jeder Hinsicht tadellos verhalten haben. Wenn aber diese unqualifizierbaren Gemeinheiten rechtsstehender Blätter der D a n t für ihre Opferwilligkeit sein sollen, dann darf man sich allerdings nicht darüber wundern, wenn in Zukunft die



Befehlsgruppen dem Schicksal der dortigen Einwohner teilnahmslos gegenüberstehen. Niemand erhofft lebhafter als wir den Tag, an dem auch die westlichen Teile Deutschlands wieder frei werden. Durch derartige schmutzige Provokationen werden aber alle Bestrebungen, die auf eine Erleichterung der Okkupationsverhältnisse und auf eine Verkürzung der Besetzungsdauer hinarbeiten, in frecher Weise durchkreuzt.

### Kleine Vorlagen im Landtag.

Der Landtag nahm gestern seine Sitzungen wieder auf. Vizepräsident Veich macht Mitteilung von dem Ableben der sozialdemokratischen Abgeordneten Heller, Berlin und Dellerich, Hannover. Das Haus ehrt das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen.

Der Entwurf betreffend Abänderung des Beamtendienst-einkommengesetzes sowie ein deutschnationaler Antrag über das Besoldungsdienstalter der Militäranwärter gehen an den Beamtenauschuss. Der Gesetzentwurf zur Abänderung des Artikels 43, § 4 des Ausführungsgesetzes zum BGB. über die Beibringung von Zeugnissen bei Geschicklichungen von Ausländern im Inland wird dem Rechtsausschuss überwiesen.

Es folgt die Beratung der Abänderung der Anordnung vom 10. August 1920 über die

### Beschäftigung weiblicher Angestellter in Gast- und Schankwirtschaften.

Nach § 2 soll die Beschäftigung weiblicher Angestellter in einer Gastwirtschaft unterlagert werden, wenn sie die Interessen der Gesundheit oder der Aufrechterhaltung der guten Sitten gefährdet. Sie muß unterlagert werden, wenn die Person des Wirtschaftsinhabers keine hinreichende Gewähr für einen genügenden Schutz der sittlichen oder gesundheitlichen Interessen der weiblichen Angestellten bietet. Gemäß § 5 kann die Ortspolizeibehörde einer weiblichen Angestellten die Beschäftigung in einer Gastwirtschaft untersagen, wenn die Annahme gerechtfertigt ist, daß die Angestellte bei Ausübung ihres Berufes die guten Sitten oder den Anstand gröblich verletzt. Ein Antrag der Unabhängigen wünscht Streichung des § 5.

Frau Kunert (U. Soz.) erkennt an, daß die Vorlage einen Fortschritt bedeutet, wendet sich aber gegen den § 5. Zumindest müßten die Angestelltenorganisationen zu seiner Ausführung herangezogen werden.

Abg. Frau Hanna (Soz.)

erkennt gleichfalls die Fortschritte an, die meist auf die sozialdemokratischen Anträge zurückzuführen sind. Wir bedauern, daß nicht eine Bestimmung in die Vorlage aufgenommen worden ist, wonach die weiblichen Angestellten nur gegen festes Entgelt beschäftigt werden dürfen. Auch wir hegen große Bedenken gegen den § 5, doch sind uns von der Regierung im Ausschuss Garantien dafür gegeben worden, daß die Ortspolizeibehörden nur in ganz besonders dringlichen Fällen eingreifen dürfen.

In der weiteren Aussprache äußert Abg. Bartel (Dem.) im Interesse des Gastwirtsberufes Bedenken gegen die Vorlage und beantragt ihre Überweisung an den Ausschuss für Handel und Gewerbe. Die Vorlage geht an den Beschäftigungsausschuss.

Es folgt die Beratung des Antrages des Abg. v. Krause (D. Vp.) auf Einsetzung je eines

### ständigen Siedlungsausschusses

für das ländliche Siedlungswesen und für das städtische Wohnungs- und Heimstättenwesen. Ein demokratischer Antrag will eine Trennung des Ausschusses in einen Ausschuss für das landwirtschaftliche Siedlungs- und Landheimstättenwesen und einen Ausschuss für das Wohnungs- und Wohnheimstättenwesen.

Abg. Hoff (Dem.) begründet letzteren Antrag. Abg. Meyer-Sollingen (Soz.): Wir haben uns nicht von der Notwendigkeit der Schaffung zweier getrennter Ausschüsse überzeugen können. Die Materien sind nicht so verschieden, daß eine Trennung gerechtfertigt ist.

Abg. Bergmann (Dnat.) wendet sich gleichfalls gegen getrennte Ausschüsse.

Abg. Allian (Komm.): Wir fordern Einsetzung eines besonderen Ausschusses für das Wohnungs- und Heimstättenwesen, der sich insbesondere mit der Frage der Schaffung von Wohnungen beschäftigen soll.

Ein Regierungsvortrag: Die Arbeiten auf diesem Gebiete sind so umfangreich und in ihrer Art so verschieden, daß eine Trennung durchaus wünschenswert wäre.

Nach weiterer Aussprache werden die Anträge der D. Vp. und der Demokraten abgelehnt. Der Antrag Siegel (Soz.) auf Annahme eines Gesetzentwurfes über das Hebammenwesen wird dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik überwiesen. Der Gesetzentwurf bestimmt, daß jeder Frau in Preußen Hebammenhilfe zusteht, und legt die Bedingungen für die Einlassung und Anstellung der Hebammen fest. Ein Dienstverkommen soll der Bezirkshebamme ein Grundgehalt von 3600 Mark jährlich zustehen; dazu kommt ein Zuschlag bis 100 vom 100 des Grundgehalts und eine Vergütung für die 31. und jede folgende Geburt, bei der die Bezirkshebamme innerhalb eines Jahres Hilfe leistet. Für jeden Stadt- und Landkreis ist mindestens eine Kreishebammenstelle einzurichten. Der Vorschlag enthält ferner Uebergangs-, Straf- und Schutzbestimmungen.

Es folgt die Beratung des Antrages Esser (3.) auf schleunigste Vorlegung eines Gesetzentwurfes über eine zeitgemäße Erhöhung der

Haustiersteuer. Abg. Dr. Grund (Dem.) begründet einen ähnlichen Antrag, der außerdem Maßnahmen fordert, um den Haus- und Straßenhandel einzuschränken. — Abg. Haberland (Soz.) macht die Stellungnahme seiner Fraktion abhängig von der gesetzlichen Gestaltung. Die Anträge werden dem Handelsausschuss überwiesen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 12 Uhr. Fortsetzung Anträge, keine Vorlagen. Schluß: 6 Uhr.

Der Kellerausschuss des Preussischen Landtages beriet am heutigen Mittwoch vor der Vollziehung über die Geschäftsfrage und beschloß, zunächst die zur Erledigung stehenden Gegenstände zu beraten. Bis auf weiteres zurückgestellt wurde die große Anfrage Braun (Soz.) über die Rechtspflege. Man wird diese Woche durchberaten und am Montag mit der Beratung des Handelsauschusses beginnen. Am darauffolgenden Freitag wird dann voraussichtlich eine Pause eintreten.

### Große öffentliche Wählerversammlungen

Heute, Donnerstag, den 29. September:

7. Kreis (Cherchloitenburg): 7 Uhr, Wählerinnenversammlung in der Siemens-Oberrealschule, Schloßstr. 27. Thema: „Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen für die Frauen“. Referentin: Elziede Rynek, M. d. R.

14. Kreis (Neukölln, 89., 90. u. 92. Abt.): 7 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums, Kaiser-Friedrich-Str. 210.

19. Kreis (Pankow): 7 1/2 Uhr, bei Lindner, Dreile Str. Thema: „Die rechtliche Stellung der Arbeiter in der Kommunalpolitik“. Referent: Dr. Kallmann.

Morgen, Freitag, den 30. September:

6. Kreis (Hohes Tor, 10. Abt.): 7 Uhr, Schulaula, Reichenberger, Ede Jorster Str. Thema: „Sozialistischer Aufbau oder reaktionärer Rückschritt“. Ref.: Stadtdirektor Dr. Lehmann.

9. Kreis (Wilmersdorf): 7 1/2 Uhr, Bismarck-Gymnasium, Pfalzburger Str. 31. Thema: „Die wirtschaftliche Bedeutung der Wahlen im Reich, Staat und Kommune“. Referent: Osterroth.

10. Kreis (Zehlendorf): 8 Uhr, Lindenpark, Berliner Str. 18. Thema: „Der Kampf gegen die Reaktion im Berliner Stadtparlament“. Ref.: Paul Hirsch, Ministerpräsident a. D.

15. Kreis (Baumgartenweg): 7 1/2 Uhr im Lokal Wald, Eichenbachstraße 1. Thema: „Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen für die Frauen“. Referentin: Elziede Rynek, M. d. R.

15. Kreis (Wilmersdorf): 7 1/2 Uhr bei Wöllstein, Bismarckstr. Thema: „Die wirtschaftliche Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen.“ Referent: Heinrich Vierbücher.

Taubstummenparteibildung: 7 Uhr in den Musikerkäulen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Thema: „Die kommenden Stadtverordnetenwahlen und Stellung der SPD. zu den Zielen der Taubstummenabteilung“. Ref.: Richard Joachim.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Donnerstag, den 29. September:

10. Kreis. Abend. 7 1/2 Uhr Sitzung der SPD-Altenbeiräte im Altpreussischen Rathaus, Zimmer 42. Tagesordnung: 1. Beziehung von Lehrkräften. 2. Vortrag über: „Dessenlichkeit des Schulunterrichts“. Eröffnen aller Plätze. Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft.

20. Abt. Die öffentliche Versammlung findet heute nicht statt. Wir ersuchen alle Funktionäre, an der Kundgebung teilzunehmen. Jungsozialisten. Gruppe Schöneberg. Die Veranstaltung fällt aus. — Gruppe Tempelhof. 7 1/2 Uhr im Jugendheim Eichenstr. 3. Vortragabend. — Gruppe Tempelhof. 7 1/2 Uhr bei Rahmweil, Werder, Ede Rungundenberg, Vortragabend. — Gruppe Friedrichshagen. 7 1/2 Uhr im Jugendheim Schornweberstraße, Vortragabend. — Gruppe Friedrichshagen. 7 1/2 Uhr Gemeinde-schule Straßmannstr. 6. „Moderne Wohnungen“. Ref. Wieda. — Gruppe Neukölln. 7 1/2 Uhr im Jugendheim Kogelstr. 3. Vortragabend. — Gruppe Spandau. 7 1/2 Uhr im Jugendheim Reusenborfer Str. 2. Vortragabend.

Frauenveranstaltungen am Donnerstag, den 29. September:

7. Abt. Schöneberg. 7 1/2 Uhr bei Groß, Sedanstr. 17. Thema: „Meine Erlebnisse im Orient“. Ref. Heinrich Vierbücher.

11. Abt. Kottbus. 7 1/2 Uhr bei Bachniska, Eichenstr. 26. Thema: „Die Bedeutung der Frau im Stadtparlament“. Ref. Frau Schreibmayer.

Morgen, Freitag, den 30. September:

7. Abt. Abrechnung der Bezirksführer nachmittags von 5 1/2 Uhr an bei Bogler.

14. Abt. 7 1/2 Uhr wichtige Sitzung der Bezirksführer, Betriebsvertragsausschuss und Elternbeiräte im Lokal Köhler, Engelstr. 23. Mündliches Eröffnen aller Funktionäre ist erforderlich.

23. Abt. 7 1/2 Uhr Sitzung des Vorstandes mit den Bezirksführern in der Eibinger Straße, Eibinger Str. 49. Wichtige Tagesordnung.

29. Abt. Die Abrechnung der Bezirksführer mit dem Abteilungsleiter hat bis spätestens Freitagabend zu erfolgen. Bezirksführer und Warten sind mitzubringen.

108. Abt. Abend. 7 1/2 Uhr im Stadttheater (kleiner Saal), Friedrichstraße, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Der Parteitag zu Götting. Ref. Franz Köhler, M. d. R. 2. Freie Aussprache. 3. Allgemeines.

Jungsozialisten. Gruppe Schöneberg-Friedrichshagen. 7 1/2 Uhr bei Riese, Klattenstraße 16. Thema: „Aus dem freien Amerika“. Ref. Kurt Köhler. Gäste willkommen.

Frauenveranstaltungen am Freitag, den 30. September:

2. Kreis. Kottbus. 7 1/2 Uhr Pankowhof Brauerei, Turmstraße (Weißer Saal). Thema: „Die Lebensmittellieferung und ihre Ursachen“. Referent: Arthur Günther.

Wetter bis Freitag mittag. Trocken und vielheit heiter, in den Mittagsstunden, später, besonders im Norden, stärker bewölkt und im Küstengebiet trübweisse etwas Regen.

### Soziales.

#### Die neuen Beiträge zur Invalidenversicherung.

Am 1. Oktober treten die durch Gesetz vom 23. Juli 1921 (Reichs-Gesetzblatt Nr. 80) festgesetzten erhöhten Beiträge zur Invalidenversicherung und die neue Lohnklasseneinteilung in Kraft. Alle Warten dürfen in den alten Werten für die Zeit nach dem 1. Oktober nicht mehr verwendet werden. Für die am 1. Oktober endende Woche ist dies danach noch zulässig. Die vollen Beiträge, wovon die Hälfte wie bisher der Arbeitgeber zu entrichten hat, betragen dann in den Lohnklassen A 3,50 M., B 4,50 M., C 5,50 M., D 6,50 M., E 7,50 M., F 9 M., G 10,50 M., H 12 M. pro Woche. Der Klasseneinteilung liegt der Jahresarbeitsverdienst zugrunde und zwar: Klasse A bis zu 1000 M., B mehr als 1000 bis zu 2000 M., C mehr als 2000 bis zu 3000 M., D mehr als 3000 bis zu 4000 M., E mehr als 4000 bis zu 5000 M., F mehr als 5000 bis zu 6000 M., G mehr als 6000 bis zu 7000 M., H mehr als 7000 bis zu 8000 M., I mehr als 8000 bis zu 10000 M., J mehr als 10000 bis zu 12000 M., K mehr als 12000 bis zu 15000 M., und L mehr als 15000 M.

Nach dem Gesetz hat das Nähere über diese Klasseneinteilung der Reichsarbeitsminister zu bestimmen. Das ist inzwischen durch eine Bekanntmachung vom 13. September (Reichs-Gesetzblatt Nr. 96) geschehen. Danach gilt für die Zugehörigkeit zu den Lohnklassen als Jahresarbeitsverdienst bei täglicher Lohnzahlung das Dreihundertfache, bei wöchentlicher Zahlung das Zweihundertfünzigfache, bei zehntägiger das Dreihundertfache, bei vierzehntägiger das Sechshundertfünzigfache, bei monatlicher das Zweihundertfache und bei vierteljährlicher Zahlung das Vierfache des gezahlten, auf volle Mark abgerundeten Entgelts. Anzurechnen sind ferner Gewinnanteile und andere Bezüge, die der Versicherte gewohnheitsmäßig erhält, nach dem im vergangenen Kalenderjahre bezogenen Betrage. Für Sachbezüge gilt der nach § 160 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung festgesetzte Wert. Für unständig Beschäftigte gilt als Jahresarbeitsverdienst das Dreihundertfache des Ortslohns.

### Jugendveranstaltungen.

Westen Arbeiter-Jugend. Sekretariat: W. M., Eichenstr. 2, 2. Hof links, 3 Treppen rechts. Telefon: 121 66-12. Eine Schulentfährerfahrt vom 17. Kreis (Schöneberg) findet am 29. September im Jugendheim Friedrichstraße, Schulstraße Kottbusburger Straße, Pankow (Schulentfährer) Jugendlichen sind nach Eltern herzlich eingeladen.

Heute, Donnerstag, den 29. September:

Nieder-Schöneberg. Jugendheim Schule Berliner Straße, Vortrag: „Jugendwachen“. — Stalinalter Viertel. Jugendheim Eichenstr. 25, Vortrag: „Die Bedeutung der Internationalen“. — Neukölln. Jugendheim Wollweberstr. 2, Vortrag: „Schöneberg“. — Schöneberg. Vortrag: „Die Geschichte der Sozialdemokratie“. — Eichenstr. Jugendheim Schule Friedrichstr. 2, Vortrag: „Die Bedeutung der Internationalen“.

Ein Wanderversammlungsabend beginnt am Sonnabend, den 1. Oktober, im Zentral-Jugendheim, Eichenstr. 2, abends 7 Uhr. Vortrag: „Arbeiterjugend und Wanderversammlungen“. Die Ausreisenden finden an jedem ersten Sonnabend im Monat mit folgenden Themen statt: Sonnabend, den 8. November: „Räuberische Wanderversammlungen“ (mit Lichtbildern). — Sonnabend, den 2. Dezember: „Kriegsreisen“ (mit Lichtbildern). — Sonnabend, den 7. Januar 1922: „Die Ursprünge der Welt“. — Sonnabend, den 7. Februar 1922: „Erste Hilfe beim Wandern“. — Sonnabend, den 4. März 1922: „Kriegsreisen“ (mit Lichtbildern). Teilnehmerkarten zum Preise von 3 M. sind im Jugendheim und am ersten Vortragabend zu haben.

### Aus aller Welt.

Der Brand im Neubau des Pariser Warenhauses „Printemps“, das an der Ecke des Boulevard Haussmann gelegen ist, hat bald auf das ganze Gebäude übergegriffen; um 9 Uhr vormittags stürzte die Front ein. Es gelang der Feuerwehr, den alten Bau zu schützen. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Der Brand soll infolge von Kurzschluss entstanden sein.

Neue Eisenbahnlinie im ehemaligen Deutsch-Ostafrika. Die englische Regierung hat mit der Firma Morton Griffiths u. Co. einen Vertrag über den Bau einer neuen Eisenbahnlinie in der Kolonie Kenia, dem ehemaligen Deutsch-Ostafrika, abgeschlossen. Die neue Linie, die sofort in Angriff genommen werden soll und deren Kosten auf 2 Millionen Pfund Sterling veranschlagt werden, geht von Nairobi an der Uganda-Eisenbahn aus und hat als Endstation Turbo auf dem Uasin-Gishu-Plateau. Es ist projektiert, diese neue Strecke später nach Uganda hinein fortzuführen und sie so zu dem Bindeglied zwischen Rombsa und der Kap-Kairo-Strecke zu gestalten.

### Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage solle man einen Nachnamen und eine Nummer beifügen. Eilige Anfragen möge man in der Juristischen Sprechstunde, Eichenstr. 2, 1. Hof part. links, vor. Schriftstücke und Briefe sind mitzubringen.

O. 3. 26. Eine ohne Zustimmung des Verwaltungsausschusses erfolgte Änderung ist rechtsunwirksam. Die Zahlung des Aufschlages können Sie ablehnen. — O. 3. 1975. Gesetzliche Bestimmungen bestehen darüber nicht. Nach unserer Ansicht liegt eine Anstellung auf unbestimmte Zeit (also nicht mehr zur vorübergehenden Ausfüllung) vor. — O. 3. 120. 1. Ja. Beim Finanzamt. 2. und 4. Nein. Ein Exemplar der Zeitschrift muß aber sofort nach Erscheinen an die Postanstalt des Ausgabeortes abgeleitet werden. 5. Gewerbe- und Umfahrenten. 6. Das richtet sich nach der Höhe des Betriebskapitals und des Ertrages des Geschäftes. 7. An die Steuerbehörde. 8. Ja. 9. und 10. In jeder Buchhandlung, wo Sie auch den Preis erfahren werden. 11. Können wir Ihnen nicht angeben; die Preise sind verschieden.

O. 3. 1275. 1. Ja wohl. 200 M. in reinen Klassen höheren Schulen, 300 M. in sechs Klassen mittleren Schulen. 2. Kom 1. Juli 1921 ab. 3. und 4. Die Richtlinien für die Schulbuchausstellung hat der Magistrat noch nicht erteilt. 5. Wann es's tun wird, wissen wir nicht. Im übrigen verweisen wir auf die Kotts im „Brenner“, Nr. 488.

O. 3. 128. 1. Infolge der Währungsreform des Jahres 1921 wurden am 22. März 1922: 100 Männer, 5 Frauen und 2 Kinder; einige Tage danach noch einige Frauen, bis an den Folgen ihrer Verletzung litten. 2. Ja. 3. Ersehen Sie am besten aus Gumpels Buch: „Zwei Jahre Kott“, durch Buchhandlung Kottwärts zu beziehen.

**DIESE LAST HAT DER MENSCHLICHE FUSS AUF SCHRITT UND TRITT ZU TRAGEN!**

**50kg**  
**20kg**

# Stüller

ALLEINVERKAUF FÜR GROSS-BERLIN

**Dr. Lahmanns Gesundheitsstiefel**  
FÜR HERREN UND DAMEN

W. Hirsch

**ELASTISCH LUFTDURCHLÄSSIG ELEGANT**

VERLANGEN SIE UNSERE BROSCHÜRE!



Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus
Der Barbier v. Sevilla
7 Uhr

Schauspielhaus
Der Kronprinz
7 1/2 Uhr

Deutsches Theater
Herodes u. Mariamne
Freitag 7 1/2 Uhr: Kean

Kammerspiele
Die Jungfern v. Bischofsberg
Freitag 7 1/2 Uhr: Die Jungfern vom Bischofsberg

Gr. Schauspielhaus
Die Räuber (im Abm.)
Freitag 7: Die Räuber (Auß. Ab.)

Theater i. d. Königgrätzer Str.
Satans Maske
Mit dem Feuer spielen

Komödienhaus
Max Pallenberg
Hans Waßmann
Jonny Busenfreund

Berliner Theater
Prinzessin Olala
von Bernauer u. Schanzer

Fritzi Massary a. G.
Ralph Artur Roberts
Betty Feiner / H. Kiper

Central-Theater
Die Postmeisterin
Deutsch-Opernhaus

Tiefland
American-Girl
Intimes Theater

Exzellenz Maxe.
Vorher: Das faktische Sinnespiel

Reigen
Lustspielhaus
Die Schauspieler

Metropol-Theater
Die Straßensängerin
Neues Operntheater

Neues Theater a. Zoo
Sonnabend 1. Okt. 7 Uhr:
Koda-Roda - Premiere

Neues Volkstheater
Der Vetter aus Dingsda
Theater des Westens

Die Braut d. Lucullus
Th. d. Kommandantenstr.
Jüdisches Künstler-Theater

Waller-Theater
Nixchen
Volkoperette Wuhalla - Th.

Die schöne Helena

Residenz-Theater
D. König in Paris
(L. Reil)

Lustsp. v. Fiers u. Callavet
Olga Limburg, Kaiser-Tita,
Lotte Klinger, Oskar Sabo

Richard Senius, Lotte Davis

Trion-Theater
Tod und Teufel
von Frank Wedekind

Vorher: D. Kammersänger
Ida Wüst, Erich Kaiser-Titz,
Käthe Haack, Heinz Schroth,

Fr. W. Kaiser
Regie: Georg Altman

Kleines Theater
Fri. Josette - meine Frau
Eugen Burg, Carola Tosile,

Jul. Falkenstein, Lotte Klinger,
Hans Albers.

Neptuns Tochter
mit Anette Kellermann

Größtes Orchester
Sonnabend Beginn 4 Uhr.

II Schlager

Volksbühne
Masse Mensch
7 Uhr

Lessing-Theater
Die Spielereien
dein Kaiserin

Deutsches Künstler-Theater
Die Ballerina des Königs

Rose Theater
Die Bürgermeisterwahl

Theater des Gstens
Gr. Frankfurter Str. 132

APOLLO-THEATER
Direktion: James Klein
8 Uhr Ab 1. Oktober 8 Uhr
Frau Luna
Große Ausstattung-Operette von Paul Lincke

Rennen zu Grunewald
(Berliner Rennverein)
Donnerstag, 29. Septbr., nachm. 1 1/2 Uhr:
7 Rennen

Trabrennen Mariendorf
Freitag, 30. Sept. 1921, nachm. 1 1/2 Uhr
8 Rennen - Gesamtprize: 113 000 M.

Circus Busch
Sonntag war 2
ausverkauft!

Reichshallen-Theat.
STETTINER
KINGER

Circus Taraselli
am Bahnh. Friedrichstr.
Täglich Vorstellung

Krause
Pianos
Miete

Erfolg
haben Inserate im
Vorwärts

Auf Teilzahlung
Anzüge
Büffel, Schafpelz

Achtung!
Freitag, den 30. September, abends 7 1/2 Uhr

WINTERARTEN
Reines
Varieté-Programm

Achtung!
Arbeitslose Metallarbeiter

Quecksilber
jedes Quantum kauft Metall-
kontor John, Alte Jakobstr. 136

Insterburger Lotterie
200000
50000
25000
15000
60000

Wer Stoff hat
fertige Waagen od. Paletten

Spezial-Behandlung
von Geschlechts-, Haut- und Harnleiden

Vobach-Schnitte
in
Groß-Berlin
bei
W. Vobach & Co., Berlin SW 11, Dessauer Str. 34

Pickel, Sommersprossen,
Geschäft durch echte Vater-Philipp-Schlikur

Deutscher Holzarbeiterverband
Versammlung
Freitag, den 30. September 1921, morgens 9 Uhr

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin X N. 54, Cilenstr. 83-85

Achtung!
Arbeitslose Metallarbeiter

Wahlen
Neuen Maschinenbauer-Krankentasse

Verein Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer
Der Verbandsbeitrag beträgt nicht 8 Mark, sondern 10 Mark

Deutscher Metallarbeiterverb.
Konrad Lindner
Wilh. Schnelder

TYPOGRAPHIA
Julius Winkler

Gardinen
Betten
Teppiche
Teilzahlung!!

Wohnungsnot
beseitigen

Schlafepatent
Jaekel-Möbel.

Altmetalle

Biehhaber
Preise

Brillanten
Gold-, Platin- u. Silbersachen



# Die neue Herbst- und Winter-Mode

Ersklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, nach den neuesten Modellen verfertigt.

- |   |   |  |
|---|---|--|
| <b>Ulster</b> aus halbreten Stoffen, in braun, grau oder oliv <b>285<sup>00</sup></b>   | <b>Uebergangs-Ulster</b> , Schlichter u. Raglans a. Homesp. u. Cheviot M. 1000, 900, 750, 600 <b>475<sup>00</sup></b>               | <b>Jackett-Anzüge</b> aus guten blaugrauen, grün- gestreiften und anderafarbigen Stoffen hergestellt . . . . . M. 600, 500, <b>450<sup>00</sup></b>              |
| <b>Schlüpfer u. Raglans</b> aus vorzüglichem Flansschwars in verschiedenen Farben, mit 4-Abreife, aussergewöhnl. Leistung <b>450<sup>00</sup></b>                                   | <b>Uebergangs-Paletots</b> a. marango Cheviot in guten Qualitäten . . . . . 800, 700 <b>575<sup>00</sup></b>                        | <b>Jackett-Anzüge</b> aus vorzüglich. Stoffen in den neuesten Mustern, gestreift, kariert und einfarbig, auch Homespun. . . M. 800, 750, <b>690<sup>00</sup></b> |
| <b>Schlüpfer, Raglans und Ulster</b> aus grünem, stahlgrauen u. braunem Fischgräten- und Diagonalgewebe, hervorragende Qualitäten . . . . M. 600, <b>575<sup>00</sup></b>           | <b>Gummimäntel</b> für Damen und Herren, hochgeschloßen und mit Fasso, in guten Qualitäten M. 550, 450, 350 <b>265<sup>00</sup></b> | <b>Jackett-Anzüge</b> aus erstklassigen Kammer- und Cheviotstoffen, in blau und farbig . . . . . M. 1200, 1000, <b>900<sup>00</sup></b>                          |
| <b>Schlüpfer, Raglans und Ulster</b> aus Flansch-, Homespun- u. Diagonalstoff, l. d. wundervollsten neuesten Farbestellungen, hell u. dunkel gemust. M. 800 <b>700<sup>00</sup></b> | <b>Gummimäntel</b> in Double u. Covertkost, in hervorragenden Qualitäten . . . . . M. 750, 650 <b>550<sup>00</sup></b>              | <b>Sport-Anzüge</b> mit Breechesbeinen, aus gutem Lodenstoff, in allen Farben M. 500 <b>400<sup>00</sup></b>   |
| <b>Schlüpfer, Raglans und Ulster</b> aus erstklassigen Fabrikaten, in den allerneuesten Fasso gearbeitet . . . . . M. 1200, 1000, <b>900<sup>00</sup></b>                           | <b>Lodenmäntel</b> für Damen und Herren aus gutem Strichloden und Kamelhaarloden . . . . M. 450, 350, 275 <b>225<sup>00</sup></b>   | <b>Sport-Anzüge</b> aus Homespun, Manchester und gemustert Cheviot M. 850, 750, <b>600<sup>00</sup></b>  |
| <b>Winter-Paletots</b> aus vorzüglich. Marango- und schwarzen Stoffen, M. 1000, 900, 800, 700, <b>600<sup>00</sup></b>  | <b>Loden-Pelerinen</b> für Damen und Herren, a. weiter- festem Strichloden . . . . . M. 250, 225 <b>190<sup>00</sup></b>            | <b>Hosen</b> in allen Preislagen, von den einfachsten bis zu den besten Qualitäten, anfangend mit . . . . M. <b>55<sup>00</sup></b>                              |

## Geh- und Sportpelze

Modernste Massanfertigung — Verwendung bester Stoffe und Zutaten — Sehr mässige Preise

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikotsagen und anderen Sachen

# BAER SOHN

Der Versand nach ausserhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

## Teppiche

kauft man am besten in dem seit 50 Jahren bestehenden

## Teppichhaus Brunn

Hackescher Markt 4 am Bahnhof Börse

Große Auswahl! Billigste Preise!



Ankauf von Bibliotheken, Archiven, Kunstablätzen, Handschriften, Autographen, illust. Werken aller Zeiten, Handschrift mit und ohne Watercolor, alten Drucken, einzelnen Büchern von Wert, Stammbüchern usw.

**Martin Breslauer,**  
Verlagsbuchhändler und Antiquar  
Berlin S. 8. Friedrichstr. 46



**Doppelclysos** Stief 20 St., größer 33 St., Handwaffel, 100 g 2 und 3 St., 1/2 Jahr reichend, 150 g nur 3.50 St., Zahnpasta, Tube 1 und 1.50 St., Eau de Cologne, 50 %, 5 und 7 St., Canolin 25 und 50 St., Damenbinden, Dtsch. 3.50, 5, 6 St., Gabel dazu 2-5 St., Aloepfapier, gr. Rolle 1.50, Krepp 2.50 St., Butterbrotpapier, 50 Blatt 1.00, 100 Blatt 1.50 St., Heberthermometer 7, 8, 9 St., Wasserdrichte Unterlegen für Kinder 3, für Erwachsene 12 St. Alle Artikel zur Toilette, Hygiene, Hausmittel sehr billig.  
**A. Maas & Co.** 3-6 Uhr. Berlin, Markgrafstr. 84, a. d. Lindenstr. Begr. 1895

**Ankauf Juwelen**  
**Margrat & Co.**  
Kanonikerstr. 9.

**Tausende befreit!**  
**Bandwurm**  
mit Kopf  
Spei- u. Nahrungsmittel befreit leicht u. schmerzlos das unedl. Medico-Bandwurmmittel, 50 Jahreige Erfolgsfolge für 50 St. 10., für Kind. 5 St. (Kleinstmengen). Es ist und warfem nur mit Marke „Medico“. Wo nicht erhältlich, wende man sich an Otto Reichel, Berlin 48, 60, Eisenbahnstr. 4.

Alles in den Schatten stellend

**Leihhaus Brunnenstrasse 5**

(Rosenthaler Platz)  
Fahrgeid-Vergütung

sind unsere Preise trotz gewaltiger Warenerhöhung!  
**Schlüpfer, Paletots, Anzüge, Cutaways**  
aus erstklassigen Maßstoffen, Rollhaar-Selbstverarbeitung, prachvoller Sitz 400, 500, 600 Mark  
**Kreuzflüchse** Silber-, Zobel-, Alaskafüchse, Sealmäntel, Geh- und Sportpelze 50 Prozent billiger als im Laden  
Kette Lombardware

**Metallankaufsstelle**  
Osten, Grüner Weg 50  
zahlr. Tagespreise für  
**Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.**

# Dieser Schein

kostet 1 Mark

Wenn Sie ihn aber dazu benutzen um bei uns zu kaufen, so bekommt er für Sie den vielfachen Wert. Denn die gewaltige Auswahl die Sie bei uns finden und unsere bekannt und immer wieder staunenerregenden niedrigen Preise werden die aufgewandte Mühe und kleinen Unkosten mehr als reichlich aufwiegen



Dieses entzückende Stoffkleid aus schönem marinenblauen Gabordine mit der so beliebten Frisestickerei in Verbindung mit Stepperei, mit einem andersfarbigen Kragen und sehr feschem Schleifenquert kostet bei uns nur

**450**

**C&A**

Königstraße 33  
Am Bahnhof Alexanderplatz  
Chausseestraße  
Beim Berliner Bahnhof



## Schutzpolizei und Entente.

Der amtliche preussische Pressedienst teilt mit: Am Mittwoch fand im preussischen Ministerium des Innern eine Besprechung mit den Vertretern sämtlicher Polizeiverbände des Reiches und Preussens über die letzte Note des Bielefelder Bundes, die ein Gegenstand schwerer Beunruhigung der beteiligten Beamtenchaft bildet. Diese hat sich einmütig auf den Standpunkt gestellt, das Reich und Staat einer starken Polizei bedürfen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, zugunsten des Wiederaufbaus des Landes und zur Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen des Friedensvertrages. Nur diesen nicht militärischen Zielen ist die letzte Polizei zu dienen bestimmt. Jeder Eingriff in ihre Organisation würde ihre Zerschlagung bedeuten, die Beamtenchaft aufs Schwerste schädigen und Reich und Staat ihrer festen Stützen berauben.

Zu der gleichen Sache meldet M.: Es werden voraussichtlich Verschiebungen in der Zentralleitung der Schutzpolizei notwendig sein und es verlautet bereits, daß in den nächsten Tagen Verschiebungen einiger Ressortchefs erfolgen werden. Bei den heutigen Besprechungen dürfte auch das Verhältnis der preussischen zur bayerischen Polizei erörtert werden.

## Erhöhung der Eisenbahntarife.

Berlin, 28. September. (M.B. Amtlich.) Durch die am 1. August erfolgte Erhöhung der Gehälter und Löhne der Beamten und Arbeiter sowie durch die Steigerung der Preise aller Materialien erwächst der Reichseisenbahnverwaltung eine jährliche Mehrausgabe von rund sieben Milliarden Mark. Der vorläufige Reichseisenbahnrat hat heute dem Vorschlag der Reichseisenbahnverwaltung zugestimmt, zur Deckung dieser Kosten eine Tarifserhöhung von 30 Proz. vorzunehmen. Die Erhöhung wird für den Güter- und Tierverkehr zum 1. November, für den Eisebahn- und Personenverkehr zum 1. Dezember durchgeführt werden. Auf eine Reihe von Sonderwünschen erwiderte das Reichsverkehrsministerium, daß die vorbereitenden Arbeiten zu deren Prüfung bereits eingeleitet seien.

## Arbeiterbewegung in Oberschlesien.

Aus Katowitz wird uns geschrieben: Die Teuerung, die durch den blutigen Polenaufrührer im Mai-Juni noch besonders verschärft wurde, hat eine starke Erregung in der ober-schlesischen Arbeiterbewegung erzeugt. Große Demonstrationen und Streiks haben den Erregungszustand deutlich erkennen lassen. Die fieberhafte Spannung vor dem Entschluß des Völkerbundes über das Schicksal Oberschlesiens begünstigt die Elemente, die aus der Volkstote politisches Kapital münzen wollen. Die kommunistische „Rote Fahne“ läßt es an unverantwortlicher Beschimpfung der gewerkschaftlichen Arbeiterführer nicht fehlen. Im diesen „den Willen der Massen“ kundtun, wor von den kommunistischen Drahtziehern am 18. d. M. in Gleiwitz ein wilder Betriebsrätekongress arrangiert worden. Der Betriebsrätekongress beschloß 12 Forderungen, deren Durchführung er ultimativ binnen zehn Tagen von den — Gewerkschaften verlangte. Dabei war die Zusammenfassung des „Betriebsrätekongresses“ so unkontrollierbar, wie es eben moskowitzische Kongresse in der Regel zu sein pflegen. Daß eine solche Veranstaltung in der gegenwärtigen Zeit der politischen Hochspannung in Oberschlesien schwerwiegende Folgen für die Arbeiterbewegung haben kann, darum kümmern sich die Drahtzieher nicht. Die aufgeregte Arbeiterschaft ist in eifrigen Werken bereits aggressiv vorgegangen; auf der „Kantordia-Grube“ wurde die Direktion gezwungen, die Belegschaftsforderng „schriftlich anzuerkennen“. Anderen Tages wurde die so erzwungene Unterschrift widerrufen; der Unternehmervorstand verbot ausdrücklich die Anerkennung der „Abmachung“. Die Internationalisierte Kommission untersagte alle Demonstrationen, schränkte auch wieder das Versammlungsrecht bedeutend ein. Die internationalisierten Maschinen-gewerke sind so von den Kommunisten wieder mobil gemacht worden gegen die Arbeiterbewegung.

Diese Lage wurde eingehend erörtert auf einer zum 25. d. M. nach Königsbrunn zum Verband der Bergarbeiter Deutschlands einberufenen Konferenz seiner ober-schlesischen Funktionäre und Vertreter der Betriebsräte. 347 Delegierte nahmen an dem manchmal sehr lebhaften, im allgemeinen aber sehr sach-

Entschädigung angeboten hatte. Polemische Schriften, die in der Sache nicht immer unerschrocken, im Ton aber meist hanebüchen waren, zogen ihm eine Rüge der vorgesetzten akademischen Behörde zu. Im Jahre 1877 wurde Dühring seiner Stellung als Privatdozent enthoben und zog sich großenteils in die Einsamkeit von Nowawes zurück, um ein Leben des Kampfes gegen wirkliche und vermeintliche Gegner zu führen und wissenschaftliche Größen zu verteidigen, die seiner Ansicht nach nicht genügend gewürdigt wurden. Er hat eine warme Verteidigungsschrift für Robert Wagner, dem Entdecker des Gesetzes von der Erhaltung der Kraft, geschrieben und ist als begeisteter Apostel des amerikanischen Bodenreformers Carey aufgetreten. Er hat Persönlichkeiten wie die Mathematiker Gauss und Riemann, Dichter wie Goethe (wegen seiner „lockeren Velleitrit!“) und Schiller in maßlosen Worten angegriffen und dem Nachweis der Ueberhöhung Bessings ein ganzes Buch gewidmet. Als Vorkämpfer des Sozialdarwinismus hat er in den neunziger Jahren namentlich durch eine von ihm inspirierte Zeitschrift „Der Antikrit“ auf gewisse Kreise der Berliner Studentenschaft Einfluß ausgeübt. Ältere Akademiker werden sich noch des stereotyp lächelnden Kolporteurs erinnern, der diese Blätter am Hauptportal der Universität selbst und gegen die Annahme der „Juden und Judengenossen“ stets mit einem Summknüttel bewaffnet war.

Im vorigen Jahre wurde nach langer Zeit Dührings Name noch einmal in der breitesten Öffentlichkeit genannt. Es war gelegentlich eines Preisauswählens über den Fermatschen Lehrsatz, dessen lange vergeblich gesuchten Beweis er gefunden zu haben meinte. Das wäre freilich eine schöpferische Tat, die ihm in der Geschichte der Mathematik die Unsterblichkeit sichern würde, die er sich durch sein überliches, arbeitsreiches und zweifellos ehrliches, aber im Grunde unfruchtbares Lebenswerk nicht hat erringen können.

Das Märkische Wandertheater, das von der Gesellschaft zur Volksbildung unterhalten wird, soll vom Oktober ab wieder spielen, und zwar in Staudenburg, Kromkau, der Grenzmark Volen-Bezirk, den Regierungen-Bezirk Prenzlau, Regensburg, Wertheim, sowie in anhaltischen, braunschweigischen und mecklenburgischen Städten. Auch im Dienste der Jugendpflege will es tätig sein. Das vorjährige Jahr hatte einen Erlös von 40 000 M. gebracht. Für das neue Spieljahr wird Unterstützung angefragt. Anfragen an die Gesellschaft für Volksbildung, Berlin NW 59, Linderburger Str. 21.

Ein Kompositionskonzert von drei Schreier-Schülern wird der Konzertsabende sein, den der Pianist Felix Schreier am 3. Oktober, 8 Uhr, im Reichsstadtheater gibt. Besetzt spielt: Alois Daba: Variationen und Suite über einen Canon von Schumann, D-dur op. 1. Ernst Frenet: Sonate Es-dur op. 8. Alois Daba: Sonate d-moll, op. 3. Felix Schreier: Nacht, Zug 3. Grottesken, 3. Grottesken.

Vom Armenien zum Kulturministerium betitelt sich eine Reihe von Vorträgen, die Dr. Adolf Heißborn am 21. Oktober in der „Armenia“ beginnt. Die sechs von Lichtbildern und Demonstrationen begleiteten Vorträge wollen eine kurze, allgemeinverständliche Ent-wicklungsgeschichte der menschlichen Zivilisations geben.

Die Karibische Kunstschau im Reichsstadtheater wird die die des Vorjahres im großen Saale große dekorative und monumentale Entwürfe zeigen. Ein Saal soll den modernen Holzschmuck vorführen, ein anderer ist für Aquarelle bestimmt.

# Kathenau über den Wiederaufbau.

In München hielt der Wiederaufbauminister Dr. Kathenau eine groß angelegte politische Rede, in der er zunächst auf die Beilegung des Konfliktes zwischen Bayern und dem Reich einging und dann zur Frage des Wiederaufbaues folgendes ausführte:

Es ist gesagt worden, ich hätte ausgesprochen: wir können zahlen, wenn wir nur wollen. Wenn Sie meine Reichstagsrede nachlesen, auf die diese Worte gemünzt sind, so werden Sie finden, daß ich für unsere Leistungsfähigkeit eine sehr ernste Grenze gesetzt habe, nämlich neben der physischen vor allem die sittliche Notwendigkeit. Ich habe gesagt, es ist entscheidend, wie weit man das Recht hat, ein Volk in Not geraten zu lassen. Das ist die Grenze einer jeden Leistungsfähigkeit, und das habe ich betont. Darüber hinaus habe ich gesagt, daß gerade darin die Schwierigkeit der Erfüllung besteht, daß ein ungerechter, schlecht aufgebauter Indus-trie zu Leistungen verurteilt, die im voraus nicht zu übersehen sind und die ins Ungemessene steigen können. Sie werden selbst empfinden, daß das scharf in Widerspruch steht gegenüber einem solchen kalten Worte, wie es mir in den Mund gelegt wird.

Diejenigen, die uns beständig wiederholen: Wir können nichts leisten, wir müssen jetzt zusammenbrechen, was wollen sie denn damit bezwecken? Wollen sie damit bezwecken, daß wir jetzt sofort in diesem Augenblicke alle unsere Leistungen einstellen und ein „Non possumus“ aussprechen? Sind sie denn diejenigen, die angeblich im Namen der Wahrheit solche Erklärungen abgeben, bewußt, was es bedeutet, wenn in diesem Augenblicke das deutsche Volk sagt: „Wir leisten nichts!“? Sind sie sich darüber klar, daß dieses beständige Wiederholen des Wortes: „Wir können nicht“, von der anderen Seite gar nicht anders gedeutet werden kann als: „Wir wollen nicht!“? Deshalb darf diese Diskussion überhaupt nicht geführt werden. Von anderer Seite ist im Volk ausgesprochen worden: wir müssen zur Restauration und Restitution der Welt beitragen, wir müssen den ersten Willen haben, dazu beizutragen. Es wird in bedeutendem Umfange möglich sein, und diesen Punkt müssen wir erreichen.

Die restlose Erfüllung dessen, was der Vertrag von Versailles und das Ultimatum von London verlangen, würden die Weltwirtschaft noch tiefer schädigen als uns. Die Weltwirtschaft wird eines Tages das „Non possumus“ aussprechen, und diesen Moment werden wir erleben. (Beifall.)

Wie liegen denn die Dinge draußen? Sie liegen so, daß Eng-land augenblicklich mehr als zwei Millionen Arbeits-lose hat. Amerika hat in diesem Augenblicke etwa sechs Millionen Arbeitslose. Kompetente Amerikaner haben mir gesagt, es sei wahr-scheinlich, daß die Zahl in diesem Winter bis auf acht Millionen steigt. Nehmen Sie zu diesen Ziffern hinzu, was noch in anderen Ländern an Arbeitslosen existiert, so werden Sie zu dem Ergebnis kommen: die Zahl der Arbeitslosen auf jener Seite ist fast so groß wie einst die Zahl ihrer Kämpfer gewesen ist. Mit der Notwendig-keit, die für Deutschland gelassen wird, in diesem unerhörten Maße Waren zu produzieren und auf den Weltmarkt zu werfen, mit dieser Notwendigkeit werden aber die Mengen der Arbeitslosen draußen im Auslande sich nicht vermindern, sondern vermehren. Es gibt Völker, die das Rentnerium ins Herz geschlossen haben. Das Ren-terium von Land zu Land ist nicht möglich, und wir werden sehr bald die Erkenntnis auch draußen aufdämmern sehen, daß, wenn man unsere Lasten noch so hoch schrauben könnte, man nichts weiter erreichen würde, als die Erhaltung eines jeden fünften Arbeitslosen auf unsere Kosten. Was hat ein Land damit gewonnen, wenn es fünf Millionen Arbeitslose hat und damit sich zu trösten sucht, daß eine Million dieser Arbeitslosen von Deutsch-land ernährt wird. Viel besser ist es, wenn an Stelle der Arbeits-losen der Rentnerstaaten und des Generalschuldners, wenn an Stelle dieses verwoorenen, ungeredten und unmöglichen Systems

eine internationale wirtschaftliche Verständigung entsteht.

Wir freuen uns sehr von der Rede Churchills Kenntnis genommen. Wenn ein Schwerkranker in einer Familie liegt, so halt man die besten Kräfte an das Krankenbett. Wenn die Wirtschaft eines Kontinents, ja eines ganzen Erdteils aber im Verschleiden ist, gibt man sich nicht die Mühe, auch nur die wenigen Wirtschaftsexperten, deren man sich versichern kann, zu Rate zu ziehen. Auch darin wird eine schwere Enttäuschung für das Ausland liegen, daß man erkennen wird, daß die Finanzierungsform, die man glaubte gefunden zu haben, die Her-einnahme der deutschen Bonds, die mit A, B und C bezeichnet worden sind, daß diese Finanzart ohne Erfolg blieb. Neutrale

nischen Erörterungen teil. Vom Hauptvorstand (Bochum) war Gen. Hue erschienen. Eine Rede galt der Propagierung des Gedankens der proletarischen Solidarität und der dauernd friedlichen Völkerverständigung. Die Bezirksleiter Gen. Franz und Cichy be-richteten über die Bahnverhandlungen und das unverantwortliche Quertreiben der Moskowiter. Ihr Erfolg wäre, daß die Konferenz nun politisch überwacht und den Rednern allerhand Freiheits-beschränkungen auferlegt seien. Obendrein wäre nun die Wieder-einführung des eben aufgehobenen Belagerungszustandes zu be-fürchten. Auf diese Weise arbeiteten die Kommunisten für die Kapitalisten. Die Lohnverhandlungen haben durchschnittlich 6,50 M. Zulage, steigend bis zu 10,50 (mit Kinder- und Hausstandsgeld) er-geben. Die Bezirksleitung empfehle die Annahme dieser Abschlags-zahlung. Wegen der Aufstandszulage werde mit der I. R. verhandelt werden müssen. In der Diskussion kam die Erregung der Arbeiterschaft über die Teuerung, zu geringe Lohnerhöhung und das Ausbleiben der Aufstandszulage sehr scharf zum Ausdruck. Die Tätigkeit der Bezirksleitung wurde fast durchweg anerkennend ge-würdigt. Zahlreiche Redner berichteten, daß nach dem Polen-putsch eine große Ernüchterung in weiten Kreisen der polnisch sprechenden Arbeiterschaft ein-getreten sei. Die Uebertritte aus den polnischen Or-ganisationen zum Verband der Bergarbeiter Deutschlands seien außerordentlich zahlreich! Sehr beklagenswert sei die Verzögerung der Entscheidung über Oberschlesien. Alles leide unter diesem Zustand. Nach Ab-schluss der Diskussion wurde einstimmig eine Entschlie-ßung gefaßt, die das Lohnzusammenhang als eine vorläufige Ab-schlagszahlung bezeichnet die Verbandsleitung beauftragt, die Lohn-frage weiter zu verfolgen, auch Schritte zu tun gegen die muckerische Teuerung. Der Bezirksleitung wird volles Ver-trauen ausgesprochen, die kommunistische Hege gegen die gewerkschaftlichen Organisationen scharf verurteilt. Ferner wurde gemäß dem Vortrage einer Reihe Diskussionsredner beschlossen, an die I. R. (Internationalisierte Kommission), deren Aufgabe es war, den Aufstand zu verhindern, heranzutreten mit der Forderung einer Wirtschafts-beihilfe zur Linderung der durch den Aufstand erzeugten schweren Not der ober-schlesischen Arbeiterschaft.

## Kemals Sieg.

London, 28. September. (M.B.) Ein von neutraler Seite herrührender Bericht aus Smyrna hebt hervor, daß die griechische Niederlage in Anatolien ernster sei, als bisher zugegeben wurde. Zwei griechische Divisionen wurden gefangen ge-nommen und verloren den größten Teil ihrer Artillerie. Die Ge-samterluste werden auf 25 000 Mann geschätzt.

Lord „Daily Telegraph“ soll der Minister des Äußern der Angora-Regierung Jusuf Kemal die Absicht haben, von neuem nach Moskau zu reisen, um einen russisch-anatolischen Wirt-schaftsverband zu schaffen.

Finanzleute haben gesagt: wir würden sie vielleicht mit 50 nehmen, oder gern nicht.

Wollte auch an dieser Stelle wird eine Enttäuschung entstehen, denn diese Wertpapiere sind nicht fundiert.

Der einzige Weg, der beschritten werden kann, um aus der euro-päischen Verwirrung herauszukommen, um die Wege der Reparation innerhalb der Grenzen der Möglichkeit zu beschreiten, ist der der verständigen Aussprache und der geschäftlichen Verhandlungen. So habe ich denn versucht, diesen Verhandlungsweg mit Frankreich zu beschreiten, und ich glaube, daß es nicht ganz vergebens gewesen ist.

Es wäre falsch, diese Verhandlungen mit irgendwelchen poli-tischen Transaktionen zu verquiden. Geschäftliche Dinge müssen ge-fondert behandelt werden. Frankreich hat für seinen Wiederaufbau vieles getan. Das darf nicht in Abrede gestellt werden, und doch ist ein Wiederaufbau in vielen Punkten weit zurück. Die Schwierigkeit ist nicht sowohl eine technische wie eine finanzielle. Eine große Anzahl von Wiederaufbaugesellschaften arbeiten in Frankreich. Aber sie haben sehr schwere finanzielle Lasten zu tragen, und der französische Staat, der vor allem darauf ausgeht, keine Inflationspolitik zu betreiben, ist in seinen Mitteln nicht unbeschränkt, um diese Gesellschaften zu fördern. Auf der anderen Seite besteht das berechtigste Interesse der Bewohner jener Gebiete, wieder in ihre Besessungen zu kommen, um in geordnete Erwerbsverhältnisse einzutreten.

Diese Bewohner üben heute schon einen gewissen Druck auf die Regierung aus. Die Regierung ihrerseits ist gern bereit, ihren Wünschen entgegenzukommen. Das sind die Wünsche auf fran-zösischer Seite. Sie lassen sich ausdrücken in den Worten: Be-schleunigung des Wiederaufbaues.

Aber auch auf unserer Seite besteht dieser Wunsch. Es ist drin-gend nötig, daß nach einem Kriege auch seine Spuren verschwinden. Auf der anderen Seite liegt für uns die Frage so, daß wir von allen Wiederherstellungsleistungen am Schwersten leiden unter der Beschaffung der Zahlungsmittel.

Wir haben gesehen, daß das, was eine 1 1/2-jährige Inflationswirt-schaft nicht durchsetzen konnte, nämlich eine erneute Entwertung der Mark, in wenigen Monaten bewirkt worden ist durch das An-schaffen von Gold und Dollars in einem Umfange, der für unsere Wirtschaft untragbar war. Es handelt sich also um das Problem des Erlasses von Goldleistungen durch Sachleistungen. Wir dürfen nicht im Zweifel darüber sein, daß ein einzelner Vertrag mit Frankreich das Problem nicht in seiner ganzen Breite löst, daß er aber einen Anfang dazu macht. Selbstverständlich wird die fran-zösische Industrie sich selbst einen erheblichen Anteil dabei sichern. Aber ihre Leistungsfähigkeit ist nicht unbegrenzt. Es scheint, daß sie die Absicht hat, uns einen erheblichen Anteil an dem französi-schen Wiederaufbau einzuräumen.

Im Augenblicke haben wir wenig Arbeitslose. Einzelne Fa-briken sind nicht imstande, den Anforderungen zu entsprechen, die man an sie stellt. Aber woher kommt das? Es kommt daher, daß wir gerade ein Stürzen der Mark hinter uns haben. Ich glaube, daß im Hinblick auf die Friedensvertragsbestimmungen und auf das Ultimatum die Beschaffung des Auslandes gering bleiben wird. Um so wesentlicher ist es für uns, auf deren Schul-tern die alleinige Last der Reparation einstweilen ruht und ich glaube, nicht für alle Zeiten ruht, wenigstens das zu erreichen, daß unsere Arbeiter einigermaßen beschäftigt sind.

Daß aus dieser Beschäftigung die technischen Fortschritte erwachsen, die sich eben nur bei einer zureichenden Beschäftigung der Industrie ergeben können. Das ist einer der Gesichtspunkte, die es für mich wünschenswert erscheinen lassen, daß man auch eine Verständigung auf geschäftlichem Wege mit den Nachbarstaaten anstrebt. Der Gedanke ist der, daß auf dem Gebiete der Spezialwaren, z. B. der Maschinen, Transportanlagen und einigen individualisierbaren Gütern ein Anrechnungssystem geschaffen werden soll, das es er-möglicht, daß die französischen Industriellen in freier Ver-einbarung von deutschen Industriellen einkaufen und das Produkt, das sie erworben haben, auf die Wiedergutmachungs-forderungen anrechnen lassen. Etwas anderes ist es mit den-jenigen Waren, die regelmäßig in großen Mengen und in gleich-artigen Qualitäten gehandelt werden. Da hat es sich darum ge-handelt, ein System zu finden, das rasch und sicher arbeitet, das auf der einen Seite baldige Lieferung, auf der anderen Seite baldige Annahme gewährt und das zu gerechten Preisen führt.

## Die schwedischen Wahlen.

Stockholm, 28. September. Die Wahlen zur Ersten Kammer sind beendet. Die Sozialdemokraten haben 50 Sitze bekommen, die Konservativen 41, die Liberalen 38, Bauern-bund 18, Linkssozialisten 2, Kommunisten 1. Die Sozialdemokraten haben ihren früheren Bestand beibehalten, die Konservativen haben 4 Sitze gewonnen. Das Ergebnis der Wahlen zur Zweiten Kammer ist noch nicht bekannt, es wird jedoch als sicher betrachtet, daß ein sozialdemokratisches Ministerium Branting gebildet wird.

## Wirtschaft

### Zur Devisenhaufe.

Die Steigerung der Preise für fremde Zahlungsmittel, die noch immer anhält, wird vielfach damit begründet, daß das Reich für seine Devisenkäufe die Kurse für fremde Wechsel hochtreibe. Dem-gegenüber ist festzustellen, daß in der letzten Zeit die Devisenkäufe des Reiches stark nachgelassen haben und daß z. B. gestern sogar von der Reichsbank holländische Gulden auf den Markt ge-bracht wurden, um die übermäßige Steigerung dieser Kurse zu ver-hindern. Gleichwohl ist der Preis für 100 holländische Gulden auf 4000 Mark hinaufgeschneit. Man sieht auch daraus, daß die De-visenspekulation es in erster Linie ist, die die Kurse in die Höhe treibt. Es handelt sich dabei nicht nur um die berufsmäßige Börsen-spekulation und den gelegentlich sehr starken Andrang des Privat-publikums, auch die Industrie, die infolge des Valutarückganges eine Periode der Hochkonjunktur durchmacht, kauft, weil sie mit einem starken Rohstoffbedarf rechnet, fremde Zahlungsmittel, um damit die Rohstoffeinkäufe auf lange Frist hinaus decken zu können. Auf diese Weise treiben einzelne Interessentengruppen den Preis in die Höhe und den Beuten, d. i. in diesem Falle das Reich mit seiner unge-heuren Goldmarktschuld, beißen die Hunde.

Es müßte alles aufgegeben werden, um in diesen Wirrwarr Ordnung hineinzubekommen. Notwendig wäre dazu eine scharfe Besteuerung der Devisenumsätze, soweit sie nicht bei der Beschaffung von Zahlungsmitteln zu lebenswichtiger Einfuhr benötigt werden, um den Gelegenheitspekulanten und der planlosen Devisenhamster das Handwerk zu legen. Würde nur derjenige Teil der Devisenkäufe von der Steuer ausgenommen werden, der durch die Reichsbank für einen nachgewiesenen dringenden Einfuhrbedarf benötigt wird, so würde sich von selbst eine gewisse Zentrali-sation der Beschaffung volkswirtschaftlich notwendiger Devisen er-gaben. Aus dem Ertrag der Steuer würde sich auch eine verschärfte Kontrolle des übrigen Devisenhandels, der zunächst in seiner Freiheit nicht beschränkt zu werden braucht, ermöglichen lassen. Jedenfalls ist es notwendig, hier scharfste Maßnahmen zu treffen, die der Verschleuderung der deutschen Arbeit am Weltmarkt entgegenwirken!



# Gewerkschaftsbewegung

## Partei und Gewerkschaften.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes schreibt uns zu unserer Notiz im gestrigen Morgenblatt folgendes:

In wiederholten Beschlüssen hat der Ausschuss des ADGB in Übereinstimmung mit dem Afa-Bund sich in der Organisationsfrage auf den Standpunkt der Dreifachtheorie gestellt, wonach Arbeiter, Angestellte und Beamte je für sich in getrennten Organisationen sich gewerkschaftlich vereinigen sollen. Das notwendige Zusammenwirken der drei großen Gruppen soll durch einen Kartellvertrag gesichert werden, wie er zwischen ADGB und Afa-Bund bereits besteht. Mit dem Deutschen Beamtenbund ist der Kartellvertrag bisher noch nicht zustande gekommen, doch sind die Verhandlungen bekanntlich noch nicht abgebrochen. Bei dieser Sachlage kann die Verpflichtung, sich den Gewerkschaften anzuschließen, die dem ADGB oder dem Afa-Bund angehören, nur den Arbeitern und Angestellten, nicht aber den Beamten auferlegt werden. Im Gegenteil ist es dringend erwünscht, daß gerade die Parteigenossen unter den Beamten den im Deutschen Beamtenbund vereinigten Beamtenverbänden sich anschließen und in ihnen verbleiben, solange nicht vom ADGB und Afa-Bund eine andere Parole ausgegeben wird.

## Angestellte der Arbeitsnachweise und Gewerkschaften. Kampf dem „Komba“.

Am Montag fand unter Leitung der Berliner Gewerkschaftskommission eine Versammlung sämtlicher Angestellten der städtischen Arbeitsnachweise statt. Siegle von der Gewerkschaftskommission gab einen Bericht über die Vorarbeiten der Gewerkschaftskommission in der Arbeitsnachweisfrage. Vom Gesamtbetriebsrat der städtischen Arbeitsnachweise wurde mitgeteilt, daß auf Grund des am 30. März in der Preussischen Landesversammlung beschlossenen Unterbringungsgesetzes in den städtischen Arbeitsnachweisen aus den Grenzgebieten vertriebene Beamte untergebracht werden sollten. Es bestand die Gefahr, daß ein Teil der von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Arbeitsvermittler, die als Hilfsangestellte tätig waren, diesen ihren Platz räumen mußten. Eine gemeinsame Versammlung der Arbeitsvermittler und der Mitglieder der Kuratorien der städtischen Arbeitsnachweise sollte diese Angelegenheit gleichfalls behandeln. Da diese Versammlung eine Klärung nicht brachte und namentlich in der Frage „Tarifvertrag oder Befoldungsordnung“ Meinungsverschiedenheiten bestanden, sollten in weiteren Versammlungen die freigewerkschaftlich organisierten Angestellten der städtischen Arbeitsnachweise selbst dazu Stellung nehmen. In zwei Versammlungen entschieden sich die Festangestellten wie auch die Hilfsangestellten für den Tarifvertrag. Das war auch der Standpunkt der Berliner Gewerkschaftskommission von vornherein.

Siegle schilderte dann die historische Entwicklung des Arbeitsnachweises, der früher allein ein Privileg der Unternehmer war. Erst nach schweren und langwierigen Kämpfen bekamen die Gewerkschaften Einfluß und der paritätische Arbeitsnachweis kam zustande. Wir können es als Sozialisten begrüßen, daß die Kommunen zu Trägern der städtischen Arbeitsnachweise gemacht werden. Bedingung aber muß sein, daß die Arbeiterschaft durch die Gewerkschaften Einfluß auf diese hat. Diesen Einfluß gilt es zu sichern.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission hat nunmehr eine ständige Kommission gebildet. deren Aufgabe muß es sein, Arbeitsnachweisfragen von allgemeiner Bedeutung zu bearbeiten und im besonderen die Wahrnehmung der Interessen der Angestellten in die Hand zu nehmen. Um die Kommission arbeitsfähig zu gestalten, sind alle am Arbeitsnachweis beteiligten Organisationen, soweit sie beruflich verwandt sind, zu acht Gruppen zusammengelegt, die je einen Vertreter in die Kommission entsenden. Dazu kommen drei Vertreter der Arbeitsnachweisangestellten und je ein Vertreter der Afa und der Gewerkschaftskommission. Die Kommission wird ihr Augenmerk auch auf die von der Stadt Berlin geplante Zentralisation zu richten haben. Eine ihrer ersten Aufgaben wird es sein, in Anbetracht der schlechten Lohnverhältnisse einen Tarifvertrag für sämtliche freigewerkschaftlich organisierten Angestellten auszuarbeiten, der mit dem Magistrat Berlin abzuschließen ist.

Weiter beschäftigte sich der Redner mit dem Kommunalbeamtenverband (Komba). Der Standpunkt der Gewerkschaftskommission geht dahin, daß dieser Verband als freigewerkschaftliche Organisation nicht anzupreisen ist. Mitglieder der freien Gewerkschaften können also nicht gleichzeitig in dem Komba organisiert sein. Wir haben den Kampf gegen den Komba mit aller Schärfe aufzunehmen und seinen unheilvollen Einfluß, der beim letzten Streik

der Festangestellten des Magistrats zutage trat, zu brechen und auszuschalten. Siegle schloß mit der Aufforderung an die Angestellten, fest zusammenzutreten und in diesem Sinne zu wirken, damit den Gewerkschaften der Einfluß gesichert bleibt und der Arbeitsnachweis auf die Höhe gebracht wird, wie es der Bedeutung der Gewerkschaften entspricht.

Auf Beschluß der Versammlung wurde dieser Bericht ohne Diskussion entgegengenommen und drei Vertreter der Arbeitsnachweisangestellten in die Kommission gewählt.

Nicht nur die Arbeitsnachweisangestellten, sondern die gesamte freigewerkschaftliche Arbeiterschaft wird die Arbeiten dieser Kommission mit großem Interesse verfolgen. Der Arbeitsnach-

# SPD.

## Allgemeine Funktionärerversammlung

Heute Donnerstag, den 29. September, abends 6 Uhr, im Kriegervereinshaus, Chausseest. 94.

### Tagesordnung:

Stellungnahme zu den Beschlüssen des Parteitag in Görlitz.  
Referenten: Franz Krüger u. Heinrich Ströbel.  
Mitgliedsbuch und Funktionärkarte müssen vorgezeigt werden.  
Der Bezirksvorstand.

weis muß den freien Gewerkschaften erhalten bleiben. Die Organisationen, aus denen die Arbeitsvermittler hervorgegangen sind und in denen sie nach wie vor verbleiben sollen, hätten es sehr schmerzhaft empfunden, wenn diese Angestellten dem Beamtenfimmel verfallen wären. Bei einem Beamtenverhältnis würde ein großes Mißverhältnis zwischen Arbeitslosen und Beamten entstehen und der Nachweis der Bureaualisierung verfallen. Bei der Haltung der Angestellten der städtischen Arbeitsnachweise dürfte dem Komba hier die Tür verschlossen bleiben.

## Ründigung des Berliner Manteltarifvertrags.

Der Magistrat hat den Manteltarifvertrag vom 15. Juni 1920 zum 31. Dezember 1921 gekündigt. Nach Bildung der Einheitsgemeinde Berlin sei die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts und einheitlicher Tarifverträge eine zwingende Notwendigkeit geworden. Auch manche Bestimmungen des Arbeiter-Manteltarifvertrages bedürfen der Klärung und der genaueren Fassung.

Als selbstverständlich darf dann wohl erwartet werden, daß den beteiligten Arbeitnehmerorganisationen die Abänderungsvorschläge bzw. der Reuentwurf eines Manteltarifs möglichst bald unterbreitet wird, damit die Verhandlungen hierüber in aller Ruhe gepflogen werden können, so daß bis zum Ablauf des bestehenden Manteltarifs ein neuer Tarif abgeschlossen ist.

## Zum Holzarbeiterstreik.

Gestern haben Verhandlungen zwischen den beiden Parteien vor dem Demobilisationskommissar begonnen. Den Vorsitz führte Assessor Körner. Trotz mehrstündigem Verhandeln gelang es nicht, zu einem brauchbaren Ergebnis zu kommen. Die Verhandlungen wurden zwar nicht abgebrochen, doch scheint fürs erste ihre Weiterführung nicht in Aussicht genommen zu sein. Beide Parteien werden voraussichtlich in den nächsten Tagen ihre Bedingungen für weitere Verhandlungen festlegen.

Hermann Joseph, der Redakteur des „Bekleidungsarbeiter“, ist am 24. September nach mehr denn einjährigem Leiden in Leipzig gestorben und dort am 28. September auf dem Anstaltsfriedhof beigesetzt worden. Trotzdem der Verstorbene nur ein Alter von 46 Jahren erreichte, hat er doch eine umfangreiche Tätigkeit im Dienste der Arbeiterbewegung geleistet. Schon in jungen Jahren widmete er sich in seiner Vaterstadt Erfurt der Agitation für die gewerkschaftliche und politische Bewegung und speziell dem Schneiderverband, seiner Berufsorganisation. Von 1904 bis 1907 war Joseph Leiter der Filiale Dresden, von 1907 bis 1912 Gauleiter in Frankfurt und von 1912 ab Redakteur der „Fachzeitung für Schneider“, bis eine heimtückische Krankheit ihn an weiterer Tätigkeit hinderte. Seinen Mitarbeitern und Berufskollegen wird das Andenken des Verstorbenen stets unvergesslich bleiben.

Ueber die Tarifverhandlungen im Urlaubsgewerbe berichtete in einer gut besuchten Versammlung hiesigste vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die vollen Forderungen aufrechtzuerhalten war unmöglich. Nur mühsam konnten die Arbeitgeber gegungen werden, Zugeständnisse zu machen. Folgenden Vereinbarungen wurde zugestimmt: Die Stücklöhne werden von 40

auf 60 Pf. und von 1,25 auf 1,80 M. erhöht. Als monatliche Mindestgehälter treten folgende Erhöhungen ein: Von 450 M. auf 650 M., von 475 M. auf 675 M., von 500 M. auf 700 M. und von 525 M. auf 725 M. Zu diesen Mindestgehältern tritt eine Teuerungszulage von je 25 M. und eine Kinderzulage von 5 M. pro Woche. Ferner wird ein Sommerurlaub gewährt nach 1jähriger Tätigkeit 6 Tage, nach 2jähriger Tätigkeit 9 Tage und nach 3jähriger Tätigkeit 12 Tage unter Fortzahlung des entsprechenden Mindestgehältes. Die Annahme von Gästen für Schwim- und Wolltagelager erfolgt von früh 10 bis abends 6 Uhr und die für Bannbäder von früh 10 bis abends 7 Uhr. Auch sind in der Berrichtung von Reinigungsarbeiten einige Verbesserungen erzielt worden.

Der Tarifvertrag hat Gültigkeit ab 1. Oktober 1921 bis 31. März 1922. In der sich lebhaft gestaltenden Debatte erklärte man die gemachten Zugeständnisse für zu gering. Da aber auf friedlicher Grundlage nicht mehr zu erreichen war und bei eventuell weiterem Anziehen der Preise für den Lebensunterhalt neue Forderungen gestellt werden sollen, stimmte die Versammlung zu.

Gewerkschaftsbibliothekare! Nächste Sitzung: Sonnabend nachmittag 4 Uhr, Saal 2, Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: 1. Geplante Weihnachtsgeschenke. 2. Bibliotheksfragen. Mitglieder der Bibliothekskommissionen sind gleichfalls eingeladen. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

## Achtung, Bauarbeiter!

Es ist allgemein bekannt, daß das gesamte Unternehmertum auf die Einführung der Akkordarbeit drängt. Der Reichstarrifvertrag für das Baugewerbe läßt die Akkordarbeit nur dann zu, wenn die Fachgruppen der Ortsvereine dazu ihre Zustimmung geben. Hier in Berlin ist die Akkordarbeit für Maurer und Bauhilfsarbeiter verboten. Dessenungeachtet läßt die Firma Grosser u. Klein auf den Siedlungsbauten in Wittenau, Lindenweg, in Akkord arbeiten.

Die Firma hat die Ausführung dieser Arbeiten dem Maurer Biermann übertragen. Dies ist seitens der Firma ein Verstoß gegen den Tarifvertrag und sind mithin sämtliche Bauten der Firma Grosser u. Klein gesperrt.  
Der Vereinsvorstand.

Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuillier. Donnerstag 7 Uhr außerordentliche Generalversammlung im Gewerkschaftshaus. Erhöhung der Gehälter der Angestellten und Vorstandswahl. Eintritt nur gegen Legitimation.

Hauptbetriebsrat der städtischen Betriebe und Verwaltungen. Plenarsitzung Freitag vormittag 9 1/2 Uhr Breite Straße 11.

Schuhmacher-Blumenarbeiter. Freitag 7 Uhr Versammlung der Mitglieder der Blumenarbeiter-Schuhmacher-Innungskantone im Lokal Brandenburgische Straße 55. Aufstellung der Kandidaten zum Ausschuss.

Zentralverband der Angestellten. Freitag 7 1/2 Uhr: Baumwoll-, Seinen-, Kleiderstoff-Verhandlung: Funktionärkürzung im Verbandsbureau, Roter Saal, Belle-Alliance-Straße 7/10. — Spielplan: Funktionärversammlung im Englischen Hof, Alexanderstr. 70.

Transportsarbeiter-Verband. Vertretertag. Floharbeiter und Kutscher aus den Journalen- und Kuchhandlungen Groß-Berlins. Freitag 7 Uhr im Englischen Hof, Alexanderstr. 70, Ballversammlung. Bericht der Lohnkommission. Verbandsbuch oder -falte ist am Eingang vorzugeben.

Bericht für den rebatt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Gluck, Berlin; Verlag: Hermann-Berlag G. m. B. H., Berlin; Druck: Hermann-Berlag G. m. B. H., Berlin; Verlagsanstalt Hans Singer u. Co., Berlin; Lindenstr. 3. Hierzu zwei Beilagen und Unterhaltungsbeilage „Sonnabend“.



**Hühneraugen**  
Hornhaut, Schwielen, Warzen  
besitzt das ärztlich empfohlene millionenfach bewährte  
**Kukirol**  
Schachtel M. 3.50 in Apotheken & Drogerien erhältlich

# DUNLOP

## Gummibereifung

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Die Berliner Hausfrauen-Vereine zeigen in unserem Hause Alexanderplatz 14/15, von 10-6 Uhr Erzeugnisse der Hausbäckerei, Hausweberei und der Laubenkolonien

# HERMANN

LEIPZIGER STRASSE  
ALEXANDERPLATZ  
FRANKFURTER ALLEE

- Kochbirnen... Pfund 1<sup>10</sup>
- Essbirnen..... Pfund 1<sup>25</sup>
- Kaiserkronen..... Pfund 1<sup>80</sup>
- Koch-„Strudeläpfel“ Pfund 1<sup>45</sup>
- Essäpfel..... Pfund 1<sup>00</sup>
- Gravensteiner..... Pfund 3<sup>50</sup>
- Weintrauben..... Pfund 6<sup>50</sup>
- Karpfen lebend, Pfd. 12<sup>00</sup>
- Hedde lebend..... Pfund 13<sup>00</sup>
- Goldbars ohne Kopf..... Pfund 3<sup>40</sup>
- Büdlinge..... Pfund 7<sup>50</sup>
- Schellfisch..... Pfund 4<sup>80</sup>
- Fludern grosse..... Pfund 7<sup>50</sup>
- Rotwurst..... Pfund 13<sup>00</sup>
- Landleberwurst Pfund 13<sup>00</sup>
- Sülzwurst..... Pfund 14<sup>00</sup>
- Grobe Mettwurst Pfund 16<sup>50</sup>
- Corned-beef..... Pfund 10<sup>00</sup>

Leipziger Strasse **Frisches Fleisch** Alexanderplatz

Schweinefleisch Pfd. 14 <sup>00</sup>	Schweineschinken Pfd. 14 <sup>50</sup>
Schweineköpfe Pfd. 10 <sup>00</sup>	Kalbskamm..... Pfund 10 <sup>50</sup>
Kalbskeulen..... Pfund 12 <sup>00</sup>	Schmorfleisch mit Knochen, Pfund 11 <sup>00</sup>
Schabefleisch..... Pfund 13 <sup>00</sup>	
Hammelfleisch ohne Knochen, gefroren, Pfd. 7 <sup>00</sup>	Rindfleisch mit Knochen, gefroren, Pfund 7 <sup>00</sup>

Margarine..... Pfund 11 <sup>50</sup>	<b>Kaninchen</b> gefroren, Pfund 4 <sup>30</sup>	Amerik. Heereskost... Dose 7 <sup>00</sup>
Bratfett..... Pfund 15 <sup>00</sup>	<b>Rindfleisch</b> 4 Pfund Dose 24 <sup>00</sup>	Amerik. Würstchen... Dose 6 <sup>50</sup>
Ausgel. Rinderfett... Pfund 13 <sup>50</sup>		Lundcheon amerikanische Würstchen, Dose 6 <sup>75</sup>

1918er Montagna-Naturrotwein 1/2 Flasche 10 Flaschen 10 <sup>50</sup> 100 <sup>00</sup>	Deutsch. Weinbrand Ia Qualität 27 <sup>50</sup> 52 <sup>50</sup>	Lieser Schloßberg 1918er 28 <sup>50</sup> 275 <sup>00</sup>	Weinbrand Verichm. 23 <sup>00</sup> 45 <sup>00</sup>	All. österreichischer Süsswein vorz. Qual. zur Kräftigung usw. 1/2 Liter-Flasche 3 Flaschen 18 <sup>50</sup> 90 <sup>00</sup>
	Apfelwein vorzügliche Qualität 5 <sup>00</sup> 47 <sup>50</sup>	Tarragona feiner oder 24 <sup>00</sup> 225 <sup>00</sup>	Roter Johannisbeerwein 10 <sup>50</sup> 100 <sup>00</sup>	

Preise einschließlich Flasche. Auf Weine 20% Steuerzuschlag.

- Rotkohl..... Pfund 75<sup>00</sup>
- Weisskohl..... Pfund 70<sup>00</sup>
- Kohlrabi grosse..... Mandel 1<sup>80</sup>
- Mohrrüben..... Pfund 75<sup>00</sup>
- Kürbis..... Pfund 45<sup>00</sup>
- Sellerie grosse Knollen..... Pfund 3<sup>00</sup>
- Dauerzwiebeln... Pfund 90<sup>00</sup>
- Mecklenburger Stoppelgänse Pfd. 11<sup>00</sup>
- Oderbruch. Gänse Pfd. 15<sup>00</sup>
- Gänsestückenfleisch Pfd. 12<sup>50</sup>
- Suppenhühner... Pfund 14<sup>50</sup>
- Hirschfleisch..... Pfund von 7<sup>00</sup> an
- Tafelreis..... Pfund 4<sup>60</sup>
- Weizenmehl 70%..... Pfund 3<sup>60</sup>
- Auszugmehl..... Pfund 4<sup>60</sup>
- Kaffeemischung 25% Bohnenhalbe..... Pfund 7<sup>00</sup>
- Gebr. Kaffee..... Pfund 21<sup>50</sup>
- Bandnudeln..... Pfund 7<sup>00</sup>